

Onlinepublikation
herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Berlin, März 2006

Regionales Wahlverhalten und die Erfolgsaussichten der Parteien

Viola Neu/Kerstin Völkl

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
E-Mail: viola.neu@kas.de
Tel.: 030/269 96 – 3506
Fax.: 030/269 96 – 3551

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Inhalt

Zusammenfassung	S. 3
1. Einleitung: Regionale Analysen in der Wahlforschung	S. 5
2. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002	S. 7
2.1 Wahlergebnisse in den Ländern	S. 10
2.2 Wahlergebnisse in städtischen und ländlichen Regionen	S. 13
2.3 Wahlergebnisse in Großstädten	S. 18
3. Bedeutung des Abschneidens in Großstädten für den Wahlerfolg der Parteien	S. 22
4. CDU und Grüne: Konkurrenten um ein gemeinsames Wählerpotenzial?	S. 26
5. Politische Orientierungen von Bewohnern in Großstädten	S. 33
5.1 Sozialstruktur der Bewohner von Großstädten	S. 33
5.2 Haben Bewohner von Großstädten andere politische Orientierungen?	S. 38
6. Prägt die Region das Wahlverhalten?	S. 40
Anhang	S. 42
Die Autoren	S. 44

Zusammenfassung

In den westlichen Ländern weist das Abschneiden der Parteien seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine gewisse regionale Kontinuität auf. Gleichzeitig können von Gemeinde zu Gemeinde erhebliche Unterschiede gemessen werden. Dies ist anhand von Daten der amtlichen Wahlstatistik an den Stimmenanteilen der Parteien in den einzelnen Ländern zu beobachten. Während die CSU traditionell in Bayern bessere Ergebnisse als im Bundesdurchschnitt erzielt, ist die SPD bei Bundestagswahlen in den nördlich gelegenen Stadtstaaten Hamburg und Bremen erfolgreicher. Das selbe Phänomen ist bei der Betrachtung der Wahlergebnisse je nach Bevölkerungsdichte festzustellen. Die Union schneidet in der Regel in ländlichen, kleineren Gemeinden besser ab, die SPD dagegen in dicht besiedelten Regionen und in Großstädten. Dieser Befund gilt generell und unabhängig davon, wie ein konkretes Wahlergebnis ausfällt.

Verluste bzw. ein schlechteres Abschneiden in Großstädten wirkt sich weniger negativ auf das Gesamtergebnis von Parteien aus als Einbußen in kleineren und mittelgroßen Städten. Durch die große Anzahl an Wahlberechtigten in kleineren und mittleren Städten hat das Abschneiden dort einen größeren Einfluss auf das Gesamtergebnis. Bei der Bundestagswahl 2002 lebten nur 15,0 Prozent der Wahlberechtigten in den deutschen Großstädten (über 400.000 Einwohner). Selbst wenn eine Partei (außer den Grünen) dort erhebliche Einbußen hat, ist die Auswirkung auf ihr Gesamtergebnis verhältnismäßig gering.

Die Wahlen werden quantitativ (Anzahl der Wähler) außerhalb der Großstädte gewonnen und verloren. Man könnte sagen, dass die Wahlergebnisse in den Großstädten die Kür sind, während die anderen Gebiete die Pflicht darstellen. Die Wahlergebnisse der SPD in Großstädten haben vielleicht einen hohen symbolischen Wert haben, der Anteil der Großstädte am Gesamtergebnis ist aber auch für die SPD nicht so groß wie vermutet. 15,9 Prozent der SPD Wähler wohnen in Großstädten. Bei der Union beträgt der Anteil 11,8 Prozent. Der verhältnismäßig geringe Anteil am Gesamtergebnis der Parteien, soll an einer kleinen Rechnung illustriert werden: Hätte die Union bei der Bundestagswahl 2002 ihr Ergebnis in den Großstädten verdoppelt,

hätte sie ein Ergebnis von 41,78 Prozent erreicht. Wäre ihr eine Verdopplung in den Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern gelungen, hätte sie 50,10 Prozent erhalten.

Aufgrund der relativen Stärke der Grünen in den Großstädten, könnte man das Potential der Grünen als strategisch wichtige Zielgruppe identifizieren. Doch scheinen die Wähler der Grünen als mobilisierbares Potential für die Union auszuscheiden. Bislang – und dies dürfte sich mittelfristig nicht ändern – rekrutieren beide Parteien unterschiedliche Wählerschaften. Austauschprozesse zwischen beiden Parteien sind nach wie vor gering. Union und Grüne konkurrieren somit in den deutschen Großstädten wie Berlin, Hamburg und Bremen nicht um das gleiche Wählerpotenzial. Das Wahlergebnis der Union wird hochgradig vom Wechsel mit der SPD bestimmt. Dieser Befund ist auch auf Bundestagswahlen übertragbar.

Die deutschen Großstädte sind nur schwer vergleichbar. Die jeweiligen politischen Kulturen und Rahmenbedingungen unterscheiden sich erheblich. Die Vorteile, die die SPD oder die Grünen in den Großstädten haben, basieren auf unterschiedlichen Sozialstrukturen (z. B. Arbeiteranteil oder Dienstleistungssektor). Daher erscheint das Kriterium Großstadt alleine für eine Wahlkampfstrategie als zu undifferenziert. Die Untersuchung von Großstadtbewohnern hat zudem keine Muster erkennen lassen, die auf die Notwendigkeit eines spezifischen Großstadtwahlkampfes hinweisen. Welche Zielgruppen, die bislang von der Union noch nicht ausreichend angesprochen wurden, in Großstädten leben, kann anhand des zur Verfügung stehenden Datenmaterials nicht beantwortet werden. Sinnvoll wären hier auch qualitative Untersuchungen (Focusgroups).

Zweifellos haben Großstädte als Trendsetter eine wichtige Funktion. Doch schaffen es nur die wenigsten Entwicklungen in Großstadtmilieus über die Stadtgrenzen hinaus. Sie sollten zudem in ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten in und außerhalb der Großstädte nicht überschätzt werden.

1. Einleitung: Regionale Analysen in der Wahlforschung¹

In der Wahlforschung sind regionale Analysen nicht gerade in Mode. Dem stehen die Interessen der Politik diametral entgegen. Immer stärker richtet sich der politische Fokus auf die Großstädte und deren Bedeutung für das Abschneiden der Parteien. Insbesondere die Bürgerschaftswahl in Hamburg hat verdeutlicht, dass die CDU in Großstädten auch erhebliche Zuwächse verzeichnen kann. Zwar bestreitet in der Forschung niemand, dass es zwischen einzelnen Ländern z. T. erhebliche Differenzen gibt und dass die Bewohner von Städten anders abstimmen als Bewohner des ländlichen Raumes, doch wird diesen Unterschieden kaum wissenschaftliche Beachtung geschenkt. Seit den 1940er Jahren basiert die Wahlforschung in erster Linie auf Umfragedaten. Sie gibt Daten, mit denen individuelles Verhalten gemessen werden kann, den Vorzug und löst sich damit von der früheren Abhängigkeit von Aggregatdaten. In Individualanalysen² wird die Bedeutung des Kontextes auf das Verhalten so gut wie nie geprüft.

Die Vernachlässigung von Kontextmerkmalen ist in der heutigen Wahlsoziologie eher die Regel denn die Ausnahme. Dabei gehen die Ursprünge der empirischen Wahlforschung auf Beobachtungen von Abweichungen in bestimmten Regionen und Wahlkreisen zurück. Mit dem Siegeszug der Demokratien und der Wahlen begannen die unterschiedlichen Länder Wahlstatistiken anzufertigen, die die Grundlage für die ersten Wahlanalysen lieferten.³

¹ Bearbeitungsstand: Sommer 2005.

² Eine dieser Ausnahmen ist eine Mitgliederumfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung. In dieser Umfrage wurde eine Stichprobe gezogen, in der in denselben Sample Points gleichzeitig eine repräsentative CDU-Mitglieder- und eine repräsentative Bevölkerungsumfrage stattfand. Diese Daten wurden mit den Erhebungen der Volkszählung kombiniert, um Kontexte für Verhaltensentscheidungen zu bilden. Vgl. Bürklin, Wilhelm P./Neu, Viola/Veen, Hans-Joachim, 1997, Die Mitglieder der CDU, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Interne Studie Nr. 148/1997, Sankt Augustin.

³ Bereits 1865 analysierte Ernst Engel die Folgen des preußischen Dreiklassenwahlrechts auf der Basis der Wahlstatistik. Seit der ersten Reichstagswahl 1871 liegen gesamtdeutsche Ergebnisse vor. 1898 wird eine Differenzierung nach Ortsgrößenklassen eingeführt, die eine Analyse sozioökonomischer Strukturen zulässt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschäftigten sich einige wenige Wissenschaftler mit der Wahlstatistik und versuchten Zusammenhänge zu konstruieren. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 fallen auch die ersten repräsentativen Sonderauszählungen zusammen. Einen Meilenstein für die Wahlforschung stellen die Arbeiten André Siegfrieds dar, dessen wahlgeographische Analysen in jeder Einführung in die Wahlforschung genannt werden. Durch die kartographische Zusammenstellung von geographischen Faktoren und Umweltbedingungen zog er Rückschlüsse auf politische Grundhaltungen. Auch heute sind solche Verfahren für den visuellen Vergleich noch gebräuchlich. Vgl. Roth, Dieter, 1998, Empirische Wahlforschung, Opladen, S. 9 ff.

Auf der Basis von Wahl- und Sozialstatistiken (Aggregatdatenanalysen) werden auch heute Wahlanalysen vorgenommen. Allerdings meist nur, wenn individuell erhobene Daten fehlen. Wahlökologische Studien, wie sie z. B. Rudolf Heberle vornahm, sind in der Wahlforschung selten. Historische Wahl-

Die Zurückhaltung gegenüber Aggregatdaten fußt vor allem auf methodischen Bedenken, da ihre Verwendung nicht unproblematisch ist. Es gibt eine gewisse Tendenz unter Forschern aber auch von Politikern und Laien, die mit Aggregatdaten arbeiten, aus Kontextmerkmalen auf individuelles Verhalten zu schließen. Wenn z. B. in einem Wahlkreis mit einem hohen Arbeiteranteil die SPD gute Ergebnisse hat, wird rasch die Schlussfolgerung gezogen, dass die Arbeiter die SPD wählen. Mag dieses Beispiel auch durch individuelle Daten gestützt sein, ist die Schlussfolgerung doch nicht zwangsläufig richtig. Denn – um bei diesem Beispiel zu bleiben – auch in Wahlkreisen mit erhöhtem Ausländeranteil (ohne Wahlrecht) hat die SPD ihre Hochburgen. Doch: Ausländer ohne Wahlrecht können aus einsichtigen Gründen nicht die SPD gewählt haben. Somit ist der Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und SPD-Wahl eine klassische Scheinkorrelation (sogenannter ökologischer Fehlschluss).

Der vielleicht bekannteste ökologische Fehlschluss ist auf die Beobachtung zurückzuführen, dass in Regionen, in denen viele Störche leben, auch viele Kinder geboren werden und daher die Störche die Kinder bringen. Doch so witzig dieses Beispiel anmuten mag, manche auf Fehlschlüssen basierende Interpretationen haben lange Bestand. Bis zu den Untersuchungen von Falter war der Glaube weit verbreitet, dass die Arbeitslosen, die Frauen und der Mittelstand – so einige gängige Thesen – der NSDAP die Wahlerfolge bescherten.⁴ Ohne auf weitere Probleme dieser Methode einzugehen: Korrelationen auf Aggregatdatenniveau sind geduldig und bringen fast immer statistisch signifikante Ergebnisse, sie sind jedoch mit großer Vorsicht zu genießen. Daher wird in der empirischen Sozialforschung Individualdaten der Vorzug gegeben.

Doch nicht nur die schwierige Interpretation von Aggregatdaten erklärt die Zurückhaltung gegenüber regionalen Analysen. In der Wahlsoziologie dominieren zwei Schulen die Forschung: Dies ist zum einen die soziologische zum anderen die sozialpsychologische und beide Forschungstraditionen verwenden nur in sehr begrenztem Umfang Aggregatdaten.

analysen (wie z. B. Jürgen Falter: Hitlers Wähler) sind ohne die systematische Auswertung und Aufbereitung der Wahlstatistiken nicht möglich, da Umfragedaten aus dieser Zeit nicht vorliegen.

⁴ Falter, Jürgen W., 1991, Hitlers Wähler, München.

Unabhängig von den Forschungsschwerpunkten der Wahlforschung wird den regionalen Differenzen in Deutschland traditionell Bedeutung zugeschrieben. Aufgrund kleinstaatlicher Traditionen, die sich bis zum Mittelalter zurückverfolgen lassen, waren die deutschen Territorien jeweils spezifischen, historischen Bedingungen ausgesetzt. Diese sollen sich in unterschiedlichen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen niederschlagen. Ein charakteristisches Merkmal der vielen deutschen Klein- und Mittelstaaten war, dass sie sich durch heterogene politische, sozio-ökonomische und konfessionelle Konturen auszeichneten.⁵ In Bayern beispielsweise findet die Eigenständigkeit der Länder besonders deutlich in der Rolle der CSU als autonomer Landespartei ihren Ausdruck. Ihre traditionelle Stammwählerschaft ist vor allem die katholische Bevölkerungsgruppe. Auch die Freien Hansestädte Bremen und Hamburg konnten durch ihren Fortbestand als die einzigen traditionellen Stadtstaaten in Deutschland ihre landestypische Eigenheit wahren. Aus historischer Perspektive wurde der Region in Deutschland ein großer Einfluss auf das politische Verhalten unterstellt.

Auch wenn die Neubildung der Länder nach 1945 durch die westlichen Besatzungsmächte nicht einer gewissen „Künstlichkeit“ entbehrt, hat sich in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik dennoch ein Landesbewusstsein herausgebildet. Allerdings wird eine Landesidentifikation durch zunehmende geographische und soziale Mobilität der Bürger erschwert. Die persönlichen Verhältnisse der Menschen werden dennoch auch von dem Bundesland geprägt, in dem sie leben, was sich z. T. in regionalen und landesspezifischen Identitäten niederschlägt. Selbst in den nach der Wiedervereinigung gebildeten neuen Ländern (1952 wurden die Länder in der DDR aufgelöst) haben sich landsmannschaftliche Identifikationen herausgebildet.

2. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002 war das knappste seit der deutschen Wiedervereinigung. Während SPD und PDS Verluste hinnehmen mussten, konnten CDU/CSU, die Grünen und die FDP Gewinne verzeichnen. Allerdings reichten die Gewinne auf Seiten der Union und der Liberalen nicht zu einem Regierungswechsel.

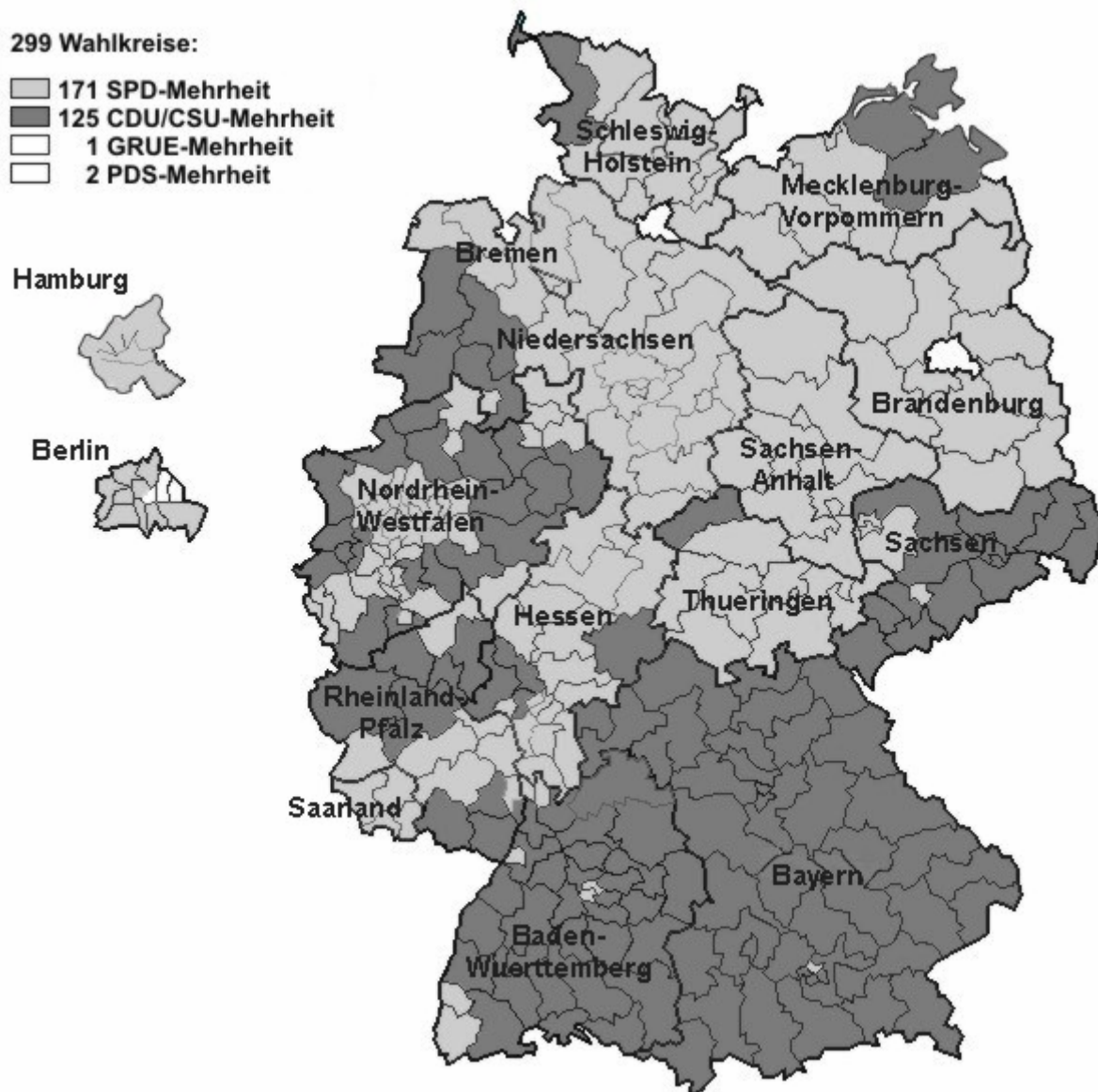
⁵ Mielke, Gerd, 1987, Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg, Berlin, S. 17.

Auffallend waren bei der Wahl zum Bundestag 2002 die großen Nord-Süd- und Ost-West-Unterschiede des Ergebnisses.

Ein Blick auf die Grafik verdeutlicht, dass sich im Hinblick auf das Abschneiden der Parteien zunächst der rot dominierte Osten und der zwischen Union und SPD aufgeteilte Westen voneinander trennen lassen. Was den westlichen Teil der Bundesrepublik betrifft, kann zudem – vereinfacht gesagt – zwischen den nördlichen und südlichen Ländern unterschieden werden. Bei genauerem Hinsehen fallen jedoch einige Besonderheiten auf, die von diesem generalisierenden Schema abweichen. In den südlich der Rhein-Main-Linie gelegenen Ländern Bayern und Baden-Württemberg erzielten die Unionsparteien ganz eindeutig die besseren Ergebnisse bei den Erststimmen-Mehrheiten in den Wahlkreisen. Den Kampf um die Erststimmen-Mandate im westlichen Rheinland-Pfalz konnte die CDU mit einem Mandat mehr als die SPD knapp für sich entscheiden. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gewannen die Christdemokraten zwar 19 Wahlkreise, dennoch befindet sich das Land mit 45 Mandaten für die Sozialdemokraten relativ deutlich in der Hand der SPD. Eine klare Mehrheit an Wahlkreisen erzielte die SPD im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein, dem Saarland im Südwesten sowie in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Aber auch in Niedersachsen und Hessen konnten die Sozialdemokraten den Großteil der Mandate gewinnen.

In den neuen Ländern ist ebenfalls ein klare Struktur erkennbar. Mit Ausnahme Sachsens gewannen die Sozialdemokraten fast alle Wahlkreise. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt konnte die CDU in keinem einzigen Wahlkreis ein Direktmandat erzielen. Ähnlich schnitt die CDU in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ab, wo sie lediglich zwei bzw. ein Mandat gewann. Die Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern bezüglich der gewonnenen Wahlkreise zwischen Sozial- und Christdemokraten waren insgesamt betrachtet erheblich.

Erststimmen-Mehrheiten in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2002



Quelle: nach www.election.de/img/maps/btw02e.gif

Neben dem unterschiedlichen Abschneiden der Parteien in den Ländern sind die Parteien auch in den deutschen Großstädten unterschiedlich erfolgreich. Während die Union in großen Städten generell weniger gute Ergebnisse erzielt, profitieren SPD und Grüne gerade von urban geprägten Regionen. Die Sozialdemokraten erreichen vor allem in Städten mit einem hohem Arbeiteranteil überdurchschnittliche Ergebnisse, die Grünen schneiden dagegen in Großstädten mit einem starken tertiären Sektor gut ab.

Aber nicht nur in Bezug auf die Parteianteile lassen sich regionale Unterschiede feststellen, sondern auch in Bezug auf die Wahlbeteiligung. Während sie bei der Bundestagswahl 2002 in Baden-Württemberg und Bayern, aber auch in Niedersachsen geringfügig über dem westdeutschen Bundesdurchschnitt lag, fiel sie in den übrigen alten Ländern meist etwas schlechter aus.⁶

1.1 Wahlergebnisse in den Ländern

Betrachtet man das Abschneiden der Parteien bei Bundestagswahlen in den einzelnen Ländern,⁷ weisen die Zahlen eindeutig auf eine regionale Differenzierung hin. Wie die Daten zeigen, treten nicht allein zwischen den alten und neuen Ländern, sondern auch innerhalb der Länder Ost- und Westdeutschlands deutliche Unterschiede auf.

Von 1949 bis 2002 hat die CSU in Bayern bei Bundestagswahlen Ergebnisse erzielt, die mit neun Prozentpunkten deutlich über dem Durchschnitt Westdeutschlands liegen. In Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz ist dieser Trend eines positiven Abschneidens der CDU nur ansatzweise zu erkennen. Analog liegt die SPD in Bayern und Baden-Württemberg immer unter dem Ergebnis, das sie insgesamt auf Bundesebene erzielt. Bayern zählt damit unter den Ländern im Westen eindeutig zu der Hochburg der Union. Ihre Vormachtstellung konnte bei keiner einzigen Bundestagswahl seit 1949 von der SPD durchbrochen werden (tabellarisch nicht ausgewiesen). Ein positives Abschneiden der einen Volkspartei impliziert in den westlichen Ländern generell ein negatives Ergebnis der anderen. Folglich gewinnen die Sozialdemokraten in den übrigen Ländern des Westens (am Durchschnitt aller Länder gemessen) überdurchschnittlich viele Zweitstimmen, während die Christdemokraten hinter ihrem Ergebnis auf der Bundesebene zurückbleiben. Besonders deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt die SPD in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, wo auf Seiten der CDU die Abweichungen nach unten noch deutlicher ausfallen.

⁶ vgl. www.bundeswahlleiter.de.

⁷ Hierbei wird das Abschneiden der einzelnen Parteien in Bezug zum Bundesergebnis der jeweiligen Partei gesetzt.

Der Westteil Berlins nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als hier sowohl CDU als auch SPD unter dem Bundesschnitt liegen. Dieses im Hinblick auf Union und SPD auffällige Wahlergebnis dürfte zumindest teilweise auf die spezifische historische Situation zurückzuführen sein. So war den Wahlberechtigten in West-Berlin eine Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Bundestag vor 1990 aufgrund der Vorbehaltsrechte der Alliierten nicht gestattet. Dieser Umstand hat offenbar mit dazu beigetragen, dass sich in West-Berlin ein spezifisches Abstimmungsverhalten herausgebildet hat. In keinem anderen Bundesland liegen die Grünen derart über ihrem Bundesdurchschnitt wie hier. In Hamburg und Bremen erzielen sie ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse, aber auch in Baden-Württemberg, wo sie erstmals in ein Landesparlament einzogen, können sie punkten. In denselben Ländern – und zusätzlich in Hessen – können auch die Liberalen bessere Ergebnisse als im Bundesdurchschnitt erzielen. Im Gegensatz zu den beiden großen Volksparteien, bei denen vereinzelt größere Unterschiede bei den Zweitstimmenanteilen in bestimmten Ländern auftreten, schneiden die kleinen Parteien mit Ausnahme der PDS in Ost-Berlin in den alten und neuen Ländern relativ gleichmäßig ab. Die PDS führt in den alten Ländern ein Schattendasein. Lediglich durch das verhältnismäßig gute Abschneiden in den norddeutschen Stadtstaaten und West-Berlin gelang es ihr, in Westdeutschland insgesamt ca. 1 Prozent der Zweitstimmen zwischen 1990 und 2002 zu erringen.⁸

Ein anderes Bild zeigt sich in den neuen Ländern, wobei Ost-Berlin eine Sonderstellung einnimmt. Die CDU schneidet – im Verhältnis zum gesamtdeutschen Durchschnitt – in Sachsen um 1,3 Prozentpunkte und die SPD in Brandenburg um 2,7 Prozentpunkte besser ab, während die jeweils andere Partei das Nachsehen hat. Besonders ins Hintertreffen ist die CDU in Ost-Berlin geraten, wo sie 21,1 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt liegt. Hier kommt die PDS auf ein deutlich besseres Ergebnis als im Durchschnitt. Auch für die Grünen ist Ost-Berlin die einzige Region in den neuen Ländern, in der sie deutlich besser abschneiden. Mit Ausnahme ihres leicht überdurchschnittlichen Abschneidens in Sachsen-Anhalt, haben es die Freien Demokraten im Osten nicht leicht.

⁸ 1990: 0,3 %; 1994: 1,0 %; 1998: 1,2 %; 2002: 1,1 %.

Gewinne und Verluste der Parteien bei Bundestagswahlen in den alten und neuen Ländern⁹

Bundesland	Zeitraum	WBT	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	Sonstige
Baden-Württemberg	1949-2002	-1,7	-5,8	+3,8	+1,6	+2,7	-3,2	-0,6
Bayern	1949-2002	-0,9	-7,8	+9,4	-0,7	-2,2	-3,5	+1,9
Bremen	1949-2002	-0,1	+10,2	-14,9	+4,2	+1,1	-1,9	+2,2
Hamburg	1949-2002	+0,4	+8,3	-10,2	+3,4	+1,3	-2,1	-0,4
Hessen	1949-2002	+1,3	+3,9	-5,6	+1,1	+2,6	-2,9	-0,4
Niedersachsen	1949-2002	+1,2	+3,6	-4,3	-0,5	-0,5	-3,2	+2,2
Nordrhein-Westfalen	1949-2002	+0,9	+4,3	-1,2	-0,2	-0,5	-3,1	-1,6
Rheinland-Pfalz	1949-2002	+1,3	-0,6	+3,4	-0,8	+0,7	-3,3	-2,3
Saarland	1957-2002	+2,5	+4,6	-1,7	-1,3	-0,6	-3,2	-0,6
Schleswig-Holstein	1949-2002	+0,7	+2,1	-1,5	-0,04	-0,4	-2,9	+0,6
Berlin-West	1990-2002	+0,7	-2,5	-2,6	+5,2	+0,1	-1,7	+1,4
Berlin-Ost	1990-2002	+1,8	-2,9	-21,1	+1,3	-3,8	+24,5	-1,8
Brandenburg	1990-2002	+5,2	+2,7	-12,7	-2,5	-2,7	+13,0	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1990-2002	+6,1	-4,3	-4,8	-2,9	-2,9	+15,4	-0,6
Sachsen	1990-2002	-3,6	-11,1	+1,3	-2,0	-1,1	+11,5	+1,5
Sachsen-Anhalt	1990-2002	-7,4	-2,5	-6,3	-3,1	+1,0	+11,6	-0,8
Thüringen	1990-2002	-2,4	-5,7	-3,6	-2,2	-0,9	+11,9	+0,3

⁹ Rechenbeispiel: Bei der Bundestagswahl 2002 erhielt die SPD 38,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Baden-Württemberg waren es allerdings nur 33,5 Prozent, und damit 5,0 Prozentpunkte weniger als am gesamtdeutschen Ergebnis gemessen. Diese Berechnung wurde für alle Bundestagswahlen seit 1949 durchgeführt und die sich daraus ergebende Summe durch die Anzahl der abgehaltenen Bundestagswahlen geteilt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Verglichen mit den Abweichungen bei den Parteianteilen fallen die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung bescheiden aus. Im Westen ist lediglich in Baden-Württemberg bei den Bundestagswahlen zwischen 1949 und 2002 eine minimal geringere Wahlbeteiligung festzustellen als im übrigen Land. Im Saarland macht die Bevölkerung in etwas stärkerem Umfang von ihrem Stimmrecht Gebrauch als in den übrigen Ländern. In den neuen Ländern liegt die Wahlbeteiligung in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Durchschnitt, in Sachsen-Anhalt darunter.

Insgesamt zeigt sich, dass die politischen Parteien bei den Bundeswahlen zwischen 1949 und 2002 (bzw. zwischen 1990 und 2002 in den neuen Ländern) im langfristigen Durchschnitt in den einzelnen Ländern unterschiedlich abschneiden. Vereinfacht könnte man sagen, dass zu dem altbekannten Nord-Süd-Gefälle seit der Wiedervereinigung ein Ost-West-Gefälle hinzukam.

2.2 Wahlergebnisse in städtischen und ländlichen Regionen

Unterschiede im Abschneiden der Parteien zeigen sich bei Bundestagswahlen nicht nur in den Ländern, sondern auch in einem Stadt-Land-Gefälle.¹⁰ Bei einer Unterscheidung nach der Bevölkerungsdichte fällt zunächst auf, dass die Parteien je nach Einwohnerdichte bei der Bundestagswahl 2002 unterschiedlich abschneiden. Im Westen Deutschlands erzielt die SPD in dünn besiedelten Wahlkreisen schlechtere Ergebnisse als in Regionen mit einer mittleren oder hohen Bevölkerungsdichte. Dasselbe trifft auch auf die Grünen zu, die mit zunehmender Einwohnerzahl immer bessere Wahlergebnisse erreichen. Für die Union ergibt sich ein spiegelbildlicher Zusammenhang, auch wenn die Unterschiede in der Spannbreite deutlicher ausfallen als bei den Sozialdemokraten. In den Wahlkreisen mit einer niedrigen und vor allem sehr niedrigen Bevölkerungsdichte schneidet die Union deutlich besser ab als in dicht besiedelten Regionen. Bei den Liberalen ist kein linearer Zusammenhang feststellbar. Sie ist in Wahlkreisen mit einer mittleren Bevölkerungsdichte am erfolg-

¹⁰ Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Wahlkreise mit einer sehr niedrigen Bevölkerungsdichte zum Großteil in den neuen Bundesländern befinden und die Wahlkreise mit einer hohen Einwohnerzahl fast ausschließlich in den alten Bundesländern, weswegen eine nach Ost- und Westdeutschland getrennte Betrachtung erfolgt. Auch bei der Gemeindegröße zeigen sich typische ost- und westdeutsche Unterschiede, da in den neuen Bundesländern kleinere Gemeinden verbreiteter sind.

reichsten und findet in dünn besiedelten Regionen gemessen am westlichen Bundesdurchschnitt den schwächsten Rückhalt.

In Ostdeutschland zeigt sich eine etwas andere Struktur,¹¹ was insbesondere bei den beiden Volksparteien auffällt. In den neuen Ländern erzielten die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 2002 in dünn besiedelten Regionen ihre besten Wahlergebnisse. Weniger gut ist ihr Ergebnis dagegen in Wahlkreisen mit einer mittleren Bevölkerungsdichte. Die CDU ist dort – allerdings auf niedrigem Niveau – stärker. Auffallend schwach ist ihr Ergebnis im Osten in den dicht besiedelten Wahlkreisen. Die Hochburgen der Grünen liegen vor allem in Regionen mit einer hohen Einwohnerzahl. Bei der FDP ist in den neuen Ländern kein klarer Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlergebnis zu erkennen. Bei der PDS zeigt sich zwar ein positiver Zusammenhang mit hoher Bevölkerungsdichte, dies ist allerdings nur auf ihre Hochburg Ost-Berlin zurückzuführen.

Will man für die Wahlen von 1994 bis 2002 Vergleiche anstellen, stößt man auf einige Hindernisse. Bei den Wahltagsbefragungen von Infratest dimap (1994 Infas) und der Forschungsgruppe Wahlen für die Wahlen 1994, 1998 und 2002 haben die Institute (in jeder Studie) nicht miteinander vergleichbare Ergebnisse präsentiert, so dass für jede Wahl leider nur eine Momentaufnahme festgehalten werden kann. Vergleichende Tabellen der Wahlgebiete Ost und West existieren nur für die Bundestagswahl 2002.

2002 finden sich zu den Unterschieden von Stadt-Land bei Infratest dimap nur einige kryptische Anmerkungen. „Durchgängig gilt, dass sich die Union in großstädtischen Gebieten besonders schwer tut“.¹² Und weiter heißt es: „Die Bilanz für die SPD [...] fällt in großstädtischen Wahlkreisen unterschiedlich aus. Im Osten kann sie überdurchschnittlich zulegen, weil ihr hier starke PDS-Verluste zugute kommen; im Westen (ohne Bayern) fallen die Verluste der SPD umso größer und die Gewinne der Grünen umso stärker aus, je höher der Verstädterungsgrad ist.“¹³

¹¹ Die Einteilung der Bevölkerungsdichte in West- und Ostdeutschland unterscheidet sich. Angaben für Gesamtdeutschland sind in der Analyse nicht ausgewiesen.

¹² Infratest dimap, 2002, Wahlreport. Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 22. September 2002, Berlin, S. 59.

Bundestagswahl 2002

Parteianteile und Wahlbeteiligung in Westdeutschland

Bevölkerungsdichte	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 170 EW	81,0	34,7	49,2	6,5	6,2	0,8	2,5
Niedrig – 300 EW	81,1	37,1	43,4	8,1	7,7	0,9	2,8
Mittel – 1.000 EW	81,5	39,5	38,2	9,8	8,5	1,1	2,9
Hoch – 5.300 EW	79,1	41,7	32,3	13,2	7,9	1,8	3,0
Wahlergebnis	80,7	38,3	40,8	9,4	7,6	1,1	2,8

Veränderungen gegenüber 1998	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 170 EW	-0,7	-5,3	+6,7	+1,2	+0,2	0,0	-2,8
Niedrig – 300 EW	-2,2	-3,9	+3,9	+1,7	+0,8	0,0	-2,4
Mittel – 1.000 EW	-2,8	-3,2	+2,6	+2,2	+0,7	0,0	-2,3
Hoch – 5.300 EW	-2,7	-3,8	+1,6	+3,4	+0,9	0,0	-2,1
Wahlergebnis	-2,1	-4,0	+3,8	+2,1	+0,6	-0,1	-2,4

Parteianteile und Wahlbeteiligung in Ostdeutschland

Bevölkerungsdichte	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 90 EW	71,2	43,9	27,9	3,4	6,0	15,9	3,0
Niedrig – 150 EW	72,4	40,9	29,2	3,6	6,4	16,2	3,7
Mittel – 400 EW	73,7	36,1	32,5	4,0	7,0	15,8	4,6
Hoch – 3.800 EW	73,9	39,0	22,4	8,6	6,0	19,7	4,3
Wahlergebnis	72,8	39,8	28,3	4,8	6,4	16,8	4,0

Veränderungen gegenüber 1998	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 90 EW	-7,2	+4,9	+1,3	+0,4	+3,2	-5,2	-4,6
Niedrig – 150 EW	-7,4	+4,3	+1,1	+0,3	+3,1	-4,0	-4,7
Mittel – 400 EW	-7,9	+4,3	+1,5	+0,2	+3,2	-4,1	-5,2
Hoch – 3.800 EW	-5,7	+5,1	-0,1	+1,6	+2,9	-5,4	-4,1
Wahlergebnis	-7,1	+4,7	+1,0	+0,6	+3,1	-4,6	-4,6

Anmerkung: Bevölkerungsdichte: Einwohner pro Quadratkilometer; WB: Wahlbeteiligung

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 2002, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 108, Mannheim, S. 101 f. Keine Angaben für Gesamtdeutschland.

Bei der Forschungsgruppe Wahlen findet sich für 2002 eine nicht weiter kommentierte Tabelle über die Stadt-Land-Unterschiede.¹⁴ Der von Infratest dimap vorgestellte Befund, spiegelt sich auch in der Analyse der Forschungsgruppen Wahlen wider. Die Union schneidet umso besser ab, je niedriger die Bevölkerungsdichte ist; spiegelbild-

¹³ Infratest dimap, 2002, Wahlreport. Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 22. September 2002, Berlin, S. 60.

¹⁴ Forschungsgruppe Wahlen, 2002, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 108., Mannheim, S. 101.

lich sind die Hochburgen der SPD und der Grünen in den Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte. Die Union gewinnt in den Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte überproportional stark hinzu, die SPD hat dort ihre stärksten Verluste, und die Grünen bauen ihre starke Stellung in den dicht besiedelten Regionen aus.

Bundestagswahl 1998

Parteianteile und Wahlbeteiligung im Bundesgebiet

Bevölkerungsdichte	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 119 EW	80,6	39,4	36,5	4,1	4,5	9,3	6,2
Niedrig – 199 EW	81,8	38,2	39,1	5,3	5,8	5,2	6,4
Mittel – 999 EW	84,0	41,1	36,2	6,9	7,2	3,0	5,6
Hoch – 9.999 EW	81,5	44,0	29,5	9,2	6,4	5,3	5,6
Wahlergebnis	82,3	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1	5,9

Veränderungen gegenüber 1994	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 119 EW	+4,6	+4,7	-7,6	-0,6	-0,7	+1,3	+3,0
Niedrig – 199 EW	+3,7	+4,9	-7,1	-0,7	-0,7	+1,1	+2,5
Mittel – 999 EW	+2,8	+4,4	-6,0	-0,6	-0,6	+0,7	+2,0
Hoch – 9.999 EW	+2,8	+4,5	-5,6	-0,2	-0,7	0,0	+2,0
Wahlergebnis	+3,3	+4,5	-6,2	-0,6	-0,7	+0,7	+2,3

Anmerkung: Bevölkerungsdichte: Einwohner pro Quadratkilometer; WB: Wahlbeteiligung
 Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 1998, Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 91, Mannheim, S. 31. Keine Angaben für West- und Ostdeutschland.

Bei der Bundestagswahl 1998 beinhaltete die Analyse der Forschungsgruppe Wahlen ein gesondertes Kapitel zu den Unterschieden von Stadt-Land. Doch verzichtete man in der Darstellung auf separate Ost-West-Tabellen, trotz bestehender und signifikanter Unterschiede. Zudem werden neue Einteilungen der Bevölkerungsdichte vorgenommen, so dass ein systematischer Vergleich nicht möglich ist. Nicht ersichtlich ist, warum sich die Größenordnungen verändert haben. So wird 2002 eine hohe Bevölkerungsdichte ab 5.300 Einwohner pro Quadratkilometer definiert; 1998 ab 9.999.

Bei der Bundestagswahl 1998 hat die Union am stärksten in ihren Hochburgen, den Wahlkreisen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte verloren. Bei aller interpretatorischen Vorsicht: Auch wenn die Größenklassen 2002 andere sind, scheint es der Union 2002 gelungen zu sein, dieses Defizit wieder auszugleichen. Der Einbruch der 1998 in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte erfolgte, scheint auch 2002 nicht

wieder kompensiert worden zu sein. Die Zugewinne der SPD waren 1998 recht gleichförmig. 2002 verlor sie im Westen am stärksten in Wahlkreisen mit niedriger Bevölkerungsdichte, wo die Union ihre größten Zugewinne hat.

Zieht man die Bundestagswahl von 1994 noch hinzu, zeigt sich, dass es der SPD bereits 1994 gelungen ist, in den Hochburgen der Union (den Gebieten mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte) die stärksten Zugewinne zu verzeichnen. Die Union verliert 1994 zwar in ihren Hochburgen leicht überdurchschnittlich, die Verluste verteilen sich insgesamt jedoch recht homogen. Ohne auf die Ergebnisse im Detail einzugehen, fällt auf, dass zwar die bekannte Hoch- und Tiefburgenstruktur erhalten bleibt, sie aber über die Erfolgsbedingungen der Parteien wenig aussagt. Während die Union bereits 1994 und dann 1998 in ihren Hochburgen die relativ größten Verluste hatte, gewinnt die SPD in 1994 und 1998 in ihren Diaspora-Gebieten am stärksten hinzu, hat dort aber 2002 überdurchschnittliche Verluste.

Bundestagswahl 1994

Parteianteile und Wahlbeteiligung im Bundesgebiet

Bevölkerungsdichte	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 115 EW	75,9	34,5	44,3	4,7	5,2	8,0	3,3
Niedrig – 199 EW	78,4	33,4	46,1	6,0	6,5	4,1	3,8
Mittel – 999 EW	81,2	36,8	42,0	7,5	7,8	2,4	3,5
Hoch – 9.999 EW	78,8	39,6	35,0	9,4	7,1	5,2	3,6
Wahlergebnis	79,1	36,4	41,4	7,3	6,9	4,4	3,6

Veränderungen gegenüber 1990	WB	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere
Sehr niedrig – 115 EW	+0,5	+5,1	-3,2	+0,1	-4,4	+3,4	-1,0
Niedrig – 199 EW	+1,0	+4,0	-2,3	+1,5	-4,2	+2,0	-0,9
Mittel – 999 EW	+1,4	+2,4	-2,2	+2,7	-3,8	+1,2	-0,4
Hoch – 9.999 EW	+1,8	+1,5	-2,4	+3,3	-4,3	+2,2	-0,3
Wahlergebnis	+1,3	+2,9	-2,4	+2,2	-4,1	+2,0	-0,6

Anmerkung: Bevölkerungsdichte: Einwohner pro Quadratkilometer; WB: Wahlbeteiligung
 Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 1994, Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestags am 16. Oktober 1994, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 76, Mannheim, S. 26. Keine Angaben für West- und Ostdeutschland.

2.3 Wahlergebnisse in Großstädten¹⁵

¹⁵ Alle Großstädte (über 500.000 Einwohner) mit Ausnahme Berlins liegen in den alten Bundesländern, was bei der Interpretation beachtet werden muss. Da sich Dresden und Leipzig nur knapp unter der Definitionsgrenze befinden, werden sie ebenso wie Nürnberg in der Analyse mitberücksichtigt.

Für die Union gilt, dass sich das schlechte Abschneiden in den großstädtisch geprägten Regionen bestätigt, in denen sie zum Teil deutlich unter 30 Prozent der Zweitstimmen erhält. Dabei schneidet sie sowohl in industriell geprägten Großstädten wie Duisburg als auch in solchen mit einem starken Dienstleistungscharakter wie Berlin schwach ab. Bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 hat die CDU/CSU in fast allen deutschen Großstädten einen Stimmeneinbruch erlitten, von dem nur die bayerischen Städte München und Nürnberg ausgenommen waren. Der enorme Rückgang an Wählerstimmen fand bereits von 1994 auf 1998 statt. Auch in München und Nürnberg hatte die CSU 1998 an Rückhalt in der Wählerschaft verloren. Bei der Bundestagswahl 2002 gelang es der Union zwar in einigen Städten geringfügig hinzuzugewinnen, aber längst nicht in einem Ausmaß, das ihre vorherigen Stimmenverluste kompensieren konnte. In den norddeutschen Städten Hamburg, Hannover und Bremen setzte sich der Abwärtstrend sogar weiter fort. Abgesehen von den genannten Städten sind die Stimmeneinbußen in Frankfurt, West-Berlin sowie Leipzig und Dresden überdurchschnittlich hoch.

Die Sozialdemokraten erzielen in den größten Städten der Bundesrepublik ihre besten Ergebnisse. Dabei schneidet die SPD vor allem in Städten mit einem hohen Arbeiteranteil überdurchschnittlich gut ab, z. B. Duisburg, Dortmund und Essen. Betrachtet man die Stimmengewinne und -verluste der SPD in Großstädten 1994, 1998 und 2002, ergibt sich ein durchaus positives Bild, da größere Einbußen weitgehend ausblieben. Die mit Abstand größten Zuwächse mit 13,5 Prozentpunkten konnte die SPD bei den letzten drei Bundestagswahlen in Dresden erreichen, gefolgt von Hannover (+10,3 Punkte). Aber auch in den Großstädten Leipzig, Stuttgart, Frankfurt und Ost-Berlin, in denen die Sozialdemokraten im Vergleich zu den Arbeitermetropolen bisher deutlich schlechter abgeschnitten haben, gelang es ihnen, hinzuzugewinnen. Dies könnte darauf hindeuten, dass es der SPD von 1994 bis 2002 gelungen ist, neue Wählergruppen anzusprechen, die über ihre klassische Stammklientel hinausreichen.

Die Grünen sind in urbanen Regionen überdurchschnittlich erfolgreich. Von den SPD dominierten Arbeiterstädten Duisburg, Dortmund und Essen sowie der bayerischen Großstadt Nürnberg abgesehen, schnitten sie bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 in allen deutschen Großstädten gut ab. Insbesondere in Metropolen

mit postmodernen, universitär-alternativen Milieus sind sie erfolgreich und erhalten Zweitstimmenanteile von weit über zehn Prozent. Vor allem im Zeitverlauf fallen die Zugewinne der Grünen in den Großstädten auf. In keiner einzigen deutschen Großstadt mussten sie Stimmeneinbußen hinnehmen. Die größten Zuwächse erzielten sie bei den letzten drei Bundeswahlen in München. Aber auch in Köln, Frankfurt und Berlin konnten sie beachtlich hinzugewinnen.

Die FDP erzielte in den meisten Großstädten Stimmenanteile, die ungefähr ihrem Gesamtergebnis entsprechen. Am erfolgreichsten waren die Liberalen mit 12,5 Prozent bei der Bundestagswahl 1994 in Stuttgart. Jedoch erlitten sie in der Schwabenmetropole 2002 auch die größten Stimmenverluste. Relativ schwach schnitt die FDP bei den vergangenen drei Wahlen zum Bundestag in Duisburg und Nürnberg ab, wo sie teilweise weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen erreichte. Auch in Berlin lagen die Liberalen unter ihrem Gesamtergebnis, wobei das schlechte Abschneiden ausschließlich auf das unterdurchschnittliche Ergebnis im Ostteil der Stadt zurückzuführen ist. Während die FDP von 1994 auf 1998 in allen deutschen Großstädten Stimmeneinbußen hinnehmen musste, gelang es ihr, bei der Bundestagswahl 2002 in einigen Städten Gewinne zu erzielen. Am deutlichsten fielen diese in Ost-Berlin, Leipzig und Dresden aus (allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau).

Die Stimmenanteile der PDS in den Großstädten bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 fielen zwar gering aus, in der Tendenz konnte die Partei aber geringe Stimmenzuwächse verzeichnen. Im Ostteil Berlins gelang es der SED-Nachfolgepartei 1994, 34,7 Prozent der Zweitstimmen zu erreichen. Allerdings musste die PDS nach einem ersten Stimmeneinbruch 1998 auch vier Jahre später in Ost-Berlin Verluste in Höhe von insgesamt 10,1 Prozentpunkten hinnehmen.

Wahlbeteiligung und Parteianteile in deutschen Großstädten (in %)

	BTW	WBT	SPD	CDU/CSU	GRÜ	FDP	PDS	Andere
Hamburg	1994	79,7	39,7	34,9	12,6	7,2	2,2	3,3
	1998	81,1	45,7	30,0	10,8	6,5	2,3	4,7
	2002	79,6	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1	4,8
Hannover	1994	81,2	40,1	35,4	11,3	8,2	1,9	3,1
	1998	83,3	49,6	28,1	10,5	6,6	1,5	3,4
	2002	80,1	50,4	27,1	12,5	6,2	1,7	2,1
Bremen + Bremerhaven	1994	78,5	45,5	30,2	11,1	7,2	2,7	3,3
	1998	82,1	50,2	25,4	11,3	5,9	2,4	4,7
	2002	78,8	48,6	24,6	15,0	6,7	2,2	3,0
Düsseldorf	1994	79,6	39,9	36,1	9,7	9,6	1,5	3,1
	1998	81,5	43,4	33,0	8,5	9,2	1,7	4,2
	2002	79,6	39,1	34,0	12,1	10,8	1,6	2,4
Duisburg	1994	78,3	57,5	27,2	6,1	4,5	1,3	3,4
	1998	81,2	60,0	22,6	6,1	4,3	1,7	5,5
	2002	76,5	56,0	24,0	8,0	6,7	1,8	3,4
Essen	1994	78,7	50,6	31,1	7,3	6,9	1,3	2,8
	1998	82,7	54,5	26,8	7,1	6,2	1,5	4,0
	2002	78,8	49,7	27,9	9,8	8,4	1,5	2,7
Köln	1994	79,1	41,9	32,3	12,2	8,9	1,7	3,1
	1998	81,7	43,7	29,6	12,9	8,2	1,6	4,0
	2002	77,4	40,9	29,1	16,9	9,1	1,9	2,0
Dortmund	1994	80,7	53,9	28,6	7,8	5,4	1,3	3,1
	1998	83,1	56,7	24,2	7,7	5,2	1,6	4,6
	2002	78,8	53,1	25,0	10,3	7,4	1,7	2,5
Frankfurt am Main	1994	80,9	29,7	40,8	13,7	9,4	1,9	4,4
	1998	81,7	35,5	32,8	14,2	8,8	2,5	6,3
	2002	77,0	34,4	33,1	18,5	8,4	2,5	3,1
Stuttgart	1994	80,4	30,9	36,4	13,1	12,5	1,2	5,8
	1998	82,9	36,6	32,2	13,1	10,6	1,2	6,4
	2002	81,0	35,7	35,1	16,2	8,5	1,4	3,1
München	1994	74,7	32,7	41,7	10,1	9,1	1,2	5,1
	1998	77,7	36,2	38,9	11,2	7,2	1,3	5,2
	2002	80,3	29,6	44,6	16,1	6,2	1,3	2,2
Nürnberg	1994	77,1	38,3	41,7	7,3	6,4	1,1	5,2
	1998	78,8	43,2	38,8	6,9	4,5	1,2	5,3
	2002	78,3	37,3	45,3	9,2	4,5	1,1	2,6
Berlin-West	1994	79,5	34,6	38,7	12,3	7,2	2,6	4,6
	1998	81,7	39,6	29,5	13,5	6,7	2,7	7,9
	2002	79,1	35,1	32,4	17,3	8,0	2,7	4,6
Berlin-Ost	1994	77,2	33,1	19,5	6,9	1,9	34,7	4,0
	1998	80,1	35,1	14,7	7,9	2,1	30,0	10,2
	2002	75,5	38,9	15,9	10,5	4,6	24,6	5,5
Berlin	1994	78,6	34,0	31,4	10,2	5,2	14,8	4,4
	1998	81,1	37,8	23,7	11,3	4,9	13,5	8,8
	2002	77,6	36,6	25,9	14,6	6,6	11,4	4,9
Leipzig	1994	67,6	31,0	35,2	6,7	3,7	21,4	2,0
	1998	77,7	36,3	24,6	6,3	3,4	22,3	7,1
	2002	73,8	40,2	23,9	7,8	6,8	17,7	3,6
Dresden	1994	73,8	17,9	45,4	7,7	4,0	22,4	2,6
	1998	82,5	24,5	34,5	7,4	3,8	21,1	8,8
	2002	75,2	31,4	31,8	8,3	7,6	16,6	4,2
Wahlergebnis	1994	79,0	36,4	41,4	7,3	6,9	5,8	3,6
	1998	82,3	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1	5,9
	2002	79,1	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0	3,0

Gewinne und Verluste der Parteien in deutschen Großstädten zwischen 1994 und 2002 (Angabe: Prozentpunkte)

	WBT	SPD	Union	GRÜ	FDP	PDS	Andere
Hamburg	-0,1	+2,3	-6,8	+3,6	-0,4	-0,1	+1,5
Hannover	-1,1	+10,3	-8,3	+1,2	-2,0	-0,2	-1,0
Bremen + Bremerhaven	+0,3	+3,1	-5,6	+3,9	-0,5	-0,5	-0,3
Düsseldorf	0	-0,8	-2,1	+2,4	+1,2	+0,1	-0,7
Duisburg	-1,8	-1,5	-3,2	+1,9	+2,2	+0,5	0
Essen	+0,1	-0,9	-3,2	+2,5	+1,5	+0,2	-0,1
Köln	-1,7	-1,0	-3,2	+4,7	+0,2	+0,2	-1,1
Dortmund	-1,9	-0,8	-3,6	+2,5	+2,0	+0,4	-0,6
Frankfurt am Main	-3,9	+4,7	-7,7	+4,8	-1,0	+0,6	-1,3
Stuttgart	+0,6	+4,8	-1,3	+3,1	-4,0	+0,2	-2,7
München	+5,6	-3,1	+2,9	+6,0	-2,9	+0,1	-2,9
Nürnberg	+1,2	-1,0	+3,6	+1,9	-1,9	0	-2,6
Berlin-West	-0,4	+0,5	-6,3	+5,0	+0,8	+0,1	0
Berlin-Ost	-1,7	+5,8	-3,6	+3,6	+2,7	-10,1	+1,5
Berlin	-1,0	+2,6	-5,5	+4,4	+1,4	-3,4	+0,5
Leipzig	+6,2	+9,2	-11,3	+1,1	+3,1	-3,7	+1,6
Dresden	+1,4	+13,5	-13,6	+0,6	+3,6	-5,8	+1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter, z.T. eigene Berechnungen

Bei der Wahlbeteiligung sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine größeren Abweichungen vom Gesamtergebnis festzustellen. Die geringste Wahlbeteiligung wurde bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 in München verzeichnet. 2002 war Ost-Berlin unter den Großstädten die Stadt mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung stieg in allen deutschen Großstädten von 1994 auf 1998 leicht an, war aber bei der darauffolgenden Bundestagswahl 2002 rückläufig – teilweise fiel sie relativ deutlich unter das Ausgangsniveau von 1994 (z. B. in Frankfurt). Nur in der bayerischen Hauptstadt war zwischen 1998 und 2002 eine erneute Steigerung der Wahlbeteiligung zu verbuchen.

Insgesamt können auf Basis dieser Daten die bekannten Befunde bestätigt werden. Während die Union vor allem in eher dünn besiedelten, kleineren sowie ländlichen Gebieten gute Ergebnisse erzielt, verhält es sich bei der SPD und den Grünen genau umgekehrt. Sie schneiden in dicht besiedelten, größeren und urban geprägten Gegenden besonders gut ab. Bei den Liberalen ist diesbezüglich keine eindeutige Tendenz festzustellen.

Bedenkt man wie heterogen die Großstädte sind, erscheint eine einheitliche Wähleransprache schwierig. Das Kriterium „Großstadt“ könnte aus strategischer Perspektive in die Irre führen, da die Einwohnerzahl nichts über die Wählerstrukturen und die regionalen Besonderheiten aussagt. Eine gemeinsame Strategie, die so unterschiedliche Milieus und Sozialstrukturen wie Essen, München, Hamburg, Köln oder Berlin gleichermaßen umfasst, ist kaum möglich. Der Vergleich der Jahre 1994 bis 2002 zeigt, dass in Hamburg, Hannover, Bremen (sowie Bremerhaven), Frankfurt, Leipzig, Dresden und Berlin ein größeres Potenzial der Union verloren ging. Doch sagt dies nichts über die zukünftigen Erfolgchancen aus. Wenn man an das Wahlergebnis der CDU bei der Bürgerschaftswahl 2004 in Hamburg denkt, kann die CDU ihre Wahlergebnisse auch in Großstädten deutlich verbessern. In welchen Wählergruppen sich relevante Potenziale für die CDU befinden, bleibt auf Basis dieser Daten offen.

3. Bedeutung des Abschneidens in Großstädten für den Wahlerfolg der Parteien

Es stellt sich die Frage, welche Bedeutung das Abschneiden in den unterschiedlichen Regionen auf das Wahlergebnis der Parteien hat? Sind Zielgruppenwahlkämpfe, in denen „Region“ als Kriterium gesetzt wird, sinnvoll?

Betrachtet man unabhängig von der Bevölkerungsdichte¹⁶ die Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen, ergeben sich einige Hinweise auf Zielgruppenpotenziale. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in kleinen bis mittelgroßen Gemeinden, nur eine Minderheit in Großstädten und in sehr kleinen Gemeinden. Daher sind rein quantitativ die kleinen bis mittelgroßen Gemeinden eine interessante Zielgruppe. Diese Quantifizierung relativiert die Bedeutung der Großstädte für das Abschneiden bei Wahlen.¹⁷ 23,9 Prozent der Bevölkerung leben in größeren Städten

¹⁶ Die in den Wahlstudien verwendete und bisher dargestellte Untergliederung nach Einwohnern pro Quadratkilometer ist für Wahlanalysen wenig glücklich, da sie nicht differenziert genug ist. Im folgenden wird die Gemeindegröße als Bezugspunkt genommen. Leider gibt es keine einheitliche amtliche Statistik, die verwendet werden kann. Daher variieren die Größeneinteilungen in den Darstellungen, je nachdem welche Quelle herangezogen wurde. Insgesamt ist die Datenlage für Fragestellungen dieser Art recht dürftig. Die amtliche Statistik weist die Merkmale Einwohner, Wahlberechtigte und Wahlergebnisse nicht gemeinsam aus. Die Darstellung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker ist die Ausnahme.

¹⁷ Die Einteilung in den amtlichen Statistiken wechselt. Entweder liegt bei 400.000 oder bei 500.000 Einwohnern die Grenze.

mit mehr als 200.000 Einwohnern und davon leben 14,5 Prozent der Einwohner in Großstädten (über 500.000 Einwohner). Daher wirken sich Gewinne und Verluste in den Städten auch nicht übermäßig stark auf das Gesamtergebnis der Parteien aus. Das gleiche Ergebnis zeigt sich bei Berücksichtigung der Wahlberechtigten, für die jedoch nur Angaben für Städte mit mehr als 400.000 Einwohner vorliegen. Die Mehrheit der Bundesbürger lebt in Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern (17,7 Millionen = 28,8 Prozent der Wahlberechtigten). Auf die anderen Gemeindegrößenklassen verteilt sich die Bevölkerung relativ homogen. In Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnern leben 9,4 Millionen Wahlberechtigte. Dies entspricht etwa 15,3 Prozent der Wahlberechtigten.

Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Einwohner	Prozent	Kumulierte Prozente	Wahlberechtigte
Unter 100	0,0		
100-200	0,2	= 3,7	
200-500	1,2		
500-1.000	2,3		
1.000-2.000	4,1		
2.000-3.000	3,7	= 13,8	
3.000-5.000	6,0		
5.000-10.000	10,6		17.658.000 (unter 10.000)
10.000-20.000	14,3	= 42,6	9.121.800 (10.000-20.000)
20.000-50.000	17,7		8.438.300 (20.000-40.000)
50.000-100.000	8,8		7.979.900 (40.000-100.000)
100.000-200.000	7,1	= 25,3	
200.000-500.000	9,4		8.768.700 (100.000-400.000)
500.000 und mehr	14,5		9.439.300 (über 400.000)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, 1999, S. 56, zum Teil: Eigene Berechnung; die Zahlen beziehen sich auf Wohnbevölkerung und nicht auf Wahlberechtigte. Da in den Großstädten der Anteil nicht Wahlberechtigter (Ausländer) überdurchschnittlich hoch ist, sind keine direkten Schlussfolgerungen auf Wahlberechtigte zu ziehen. Bundestagswahlergebnisse 2002 für Städte und Gemeinden, Verband Deutscher Städtestatistiker/Stadt Leipzig Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), S. 17 ff. Leider folgt diese Unterteilung nicht der Klassifikation des Statistischen Bundesamtes. Für die Wahlberechtigten gibt es keine Angaben für die Kategorie über 500.000 Einwohner.

Diese Ergebnisse sind zwar methodisch nicht auf die vorherigen Analysen der Bevölkerungsdichte übertragbar, dennoch drängt sich eine Schlussfolgerung auf: Vermutlich haben sich die überdurchschnittlichen prozentualen Gewinne der Union bei der Bundestagswahl 2002 in Gemeinden mit niedriger Bevölkerungsdichte kaum po-

sitiv auf das Wahlergebnis insgesamt ausgewirkt, da dort weniger Wahlberechtigte leben als in den Gemeinden mittlerer Größe.

Da die statistischen Daten nicht ganz homogen sind, findet man bei der Analyse anderer Quellen auch leichte Veränderungen bei den Angaben. Der Vollständigkeit halber sollen auch sie hier dokumentiert werden.

Wahlberechtigte in deutschen Großstädten

	Einwohner	Ausländeranteil (in Prozent)	Wahlberechtigte
Hamburg	1.700.000	15,3	1.221.783
Hannover	515.001	6,8	236.507
Bremen + Bremerhaven	660.225	12,6 Bremen 10,2 Bremerhaven	484.493
Düsseldorf	570.800	17,6	407.415
Duisburg	512.000	16,6	365.427
Essen	591.900	11,4	457.555
Köln	967.900	18,8	661.883
Dortmund	589.200	15,9	429.909
Frankfurt am Main	641.100	22,5	381.072
Stuttgart	587.200	24,4	177.965
München	1.228.000	23,7	837.846
Nürnberg	491.300	18,2	337.203
Berlin	3.338.400	13,0	2.440.491
Dresden	478.600	3,9	393.808
Leipzig	493.100	5,9	395.612
Insgesamt	13.364.726	n.b.	9.228.969
Bundesrepublik insg.	82.440.300	7.318.200	61.432.868
Städte in Prozent	16,21	–	15,0

Anmerkung: n.b.: nicht berechenbar, da absolute Zahlen nicht vorliegen

Quelle: <http://www.meinestadt.de>, vom 26.05.2004; Statistisches Bundesamt; <http://www.destatis.de>, <http://www.bundeswahlleiter.de>; vom 12.07.2004, http://www.karlsruhe.de/stadtentwicklung/siska/kenziffern/groestadte_brd_01.htm, vom 13.7.2004 (Stand: 31.12.2002). Die Angaben in den unterschiedlichen Quellen variieren. Eine Entscheidung über die Zuverlässigkeit und Präzision kann nicht getroffen werden.

Betrachtet man das Abschneiden der Parteien nach Gemeindegröße bei der letzten Bundestagswahl bestätigt sich die Annahme, dass der Einfluss der Großstädte auf das Wahlergebnis gering zu veranschlagen ist. Die Union ist in Städten (über 400.000 Einwohner) unterdurchschnittlich erfolgreich. Das Gros ihrer Wähler lebt nicht in Großstädten. 6,3 Millionen Stimmen der Union kamen aus Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohner. 2,2 Millionen Wähler der Union leben in Großstädten. Damit hat sie 45 Prozent der Wähler in kleinen Gemeinden mobilisiert, während sie

in Großstädten 29,9 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte. Es zeigt sich auch hier wieder der alte Befund, dass die Zustimmung der Union kontinuierlich abnimmt, je größer die Einwohnerzahl ist. Setzt man diese Ergebnisse in Relation zur Verteilung der Wahlberechtigten ergibt sich, dass für die Union das relative Abschneiden in den Großstädten weniger wichtig ist als in den Gemeinden, die weniger als 400.000 Einwohner haben, da dort die Affinität zur Union stärker ist und die Mehrheit der Wähler dort lebt.

Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Gemeindegröße – Die Wahlentscheidung nach Gemeindegröße

	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	Sonstige
Unter 10.000 EW	4.831.700 (34,6 %)	6.294.900 (45,0 %)	844.100 (6,0 %)	946.600 (6,8 %)	623.000 (4,5 %)	435.800 (3,1 %)
10.000 – 20.000 EW	2.714.200 (37,6 %)	3.011.200 (41,7 %)	531.200 (7,4 %)	534.800 (7,4 %)	215.100 (3,0 %)	210.000 (2,9 %)
20.000 – 40.000 EW	2.593.800 (39,4 %)	2.555.900 (38,8 %)	500.400 (7,6 %)	522.700 (7,9 %)	221.000 (3,4 %)	187.400 (2,8 %)
40.000 – 100.000 EW	2.544.000 (41,2 %)	2.267.700 (36,7 %)	505.100 (8,2 %)	489.200 (7,9 %)	191.000 (3,1 %)	178.400 (2,9 %)
100.000 – 400.000 EW	2.872.900 (42,6 %)	2.169.400 (32,2 %)	718.300 (10,7 %)	522.000 (7,7 %)	268.100 (4,0 %)	187.100 (2,8 %)
Über 400.000 EW	2.932.100 (40,1 %)	2.183.500 (29,9 %)	1.011.300 (13,8 %)	523.500 (7,2 %)	398.500 (5,5 %)	260.600 (3,6 %)

Anmerkung: EW: Einwohner

Quelle: Bundestagswahlergebnisse 2002 für Städte und Gemeinden, Verband Deutscher Städtestatistiker/Stadt Leipzig Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), S. 17 ff. Lesebeispiel: 34,6 Prozent der Bewohner von Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern stimmten für die SPD.

Bei umgekehrter Prozentuierung zeigt sich, dass bei der letzten Bundestagswahl etwa ein Drittel der CDU-Wähler in Gemeinden bis 10.000 Einwohnern lebt. Fasst man die Gemeinden unterhalb von Großstädten zusammen, so leben 76,5 Prozent der CDU-Wähler in Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnern und 23,5 Prozent in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Bei den Grünen ergibt sich eine andere Relation. 42 Prozent der Grünen-Wähler leben in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Zwischen beiden Parteien liegt die SPD. 31,4 Prozent ihrer Wähler leben in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Gemeindegröße

Anteil der unterschiedlichen Einwohnerzahlen am Gesamtergebnis der Parteien

	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	Wähler insg.*
Unter 10.000 EW	4.831.700 (26,1 %)	6.294.900 (34,1 %)	844.100 (20,5 %)	946.600 (26,8 %)	623.000 (32,5 %)	13.976.100 (29,1 %)
10.000 – 20.000 EW	2.714.200 (14,7 %)	3.011.200 (16,3 %)	531.200 (12,9 %)	534.800 (15,1 %)	215.100 (11,2 %)	7.216.500 (15,0 %)
20.000 – 40.000 EW	2.593.800 (14,0 %)	2.555.900 (13,8 %)	500.400 (12,2 %)	522.700 (14,8 %)	221.000 (11,5 %)	6.581.200 (13,7 %)
40.000 – 100.000 EW	2.544.000 (13,8 %)	2.267.700 (12,3 %)	505.100 (12,3 %)	489.200 (13,8 %)	191.000 (10,0 %)	6.175.400 (12,9 %)
100.000 – 400.000 EW	2.872.900 (15,5 %)	2.169.400 (11,7 %)	718.300 (17,4 %)	522.000 (14,8 %)	268.100 (14,0 %)	6.737.800 (14,0 %)
Über 400.000 EW	2.932.100 (15,9 %)	2.183.500 (11,8 %)	1.011.300 (24,6 %)	523.500 (14,9 %)	398.500 (20,8 %)	7.309.500 (15,2 %)
Summe Parteiwähler	18.488.700	18.482.600	4.110.400	3.538.800	1.916.700	49.455.800

Anmerkung: EW: Einwohner

Quelle: Bundestagswahlergebnisse 2002 für Städte und Gemeinden, Verband Deutscher Städtestatistiker/Stadt Leipzig Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), S. 17 ff. *Wähler insgesamt: Inklusive Wähler sonstiger Parteien, die nicht extra ausgewiesen sind.

4. CDU und Grüne: Konkurrenten um ein gemeinsames Wählerpotenzial?

Die Grünen haben ihre Position in den Großstädten ausgebaut. Bei der Europawahl im Juni 2004 ist es den Grünen sogar in 27 Fällen gelungen, zweitstärkste Partei vor der SPD zu werden.¹⁸ Etwa die Hälfte der Grünen-Hochburgen im Westen waren bei der Europawahl die Wahlkreise, in denen die Union ihre schlechtesten Ergebnisse erzielte. Es stellt sich daher die Frage, ob das Wählerpotenzial der Grünen vor allem in den Großstädten für die Union erreichbar ist. Dies soll anhand der Wählerwanderungsbilanzen von Berlin, Hamburg und Bremen¹⁹ sowie der Bundestagswahlen analysiert werden.

¹⁸ U.a. in Stuttgart, Heidelberg, Tübingen, München, Würzburg, Aachen, Bonn, Münster, Frankfurt, Darmstadt. In Freiburg sind die Grünen stärkste Partei.

¹⁹ Für andere Städte liegen keine Wählerwanderungsbilanzen vor. Aus den reinen Wahlergebnissen und einer Gewinn- Verlustrechnung können keine Rückschlüsse auf tatsächliche Wechselwähler gezogen werden (Gefahr der Scheinkorrelation).

In Berlin sind die Austauschprozesse zwischen CDU und Grünen gering. Der Anteil am gesamten Zustrom betrug 2001 3,2 Prozent; 1999 5 Prozent und 1990 4,3 Prozent. Auch wenn für 1995 keine Daten vorliegen, deutet nichts darauf hin, dass der Anteil der Grünen am Zustrom größer war. Das Wahlergebnis der CDU wurde bei allen Wahlen am stärksten durch die Austauschprozesse zwischen SPD und CDU bestimmt. Nur bei der Abgeordnetenhauswahl 2001, bei der die CDU in Folge des Bankenskandals ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 erzielte, konnte die FDP von den bürgerlichen Wählern in besonderem Ausmaß profitieren. In Berlin besteht in der Gesamtbilanz der Wählerwanderungen zwischen CDU und Grünen nur eine marginale Schnittmenge. Aufgrund dieses Wechselverhaltens ist es auch in den nächsten Jahren unwahrscheinlich, dass sich die Austauschprozesse zwischen diesen beiden Parteien deutlich erhöhen. Um es anders zu formulieren: In Berlin konkurrieren CDU und Grüne nicht um ein für beide erreichbares Wechselwählerpotenzial.

Für Hamburg bestätigt sich das Bild, das für Berlin gezeichnet werden konnte. Die Wechselwähler, die von den Grünen kamen oder zu den Grünen gingen, spielten für das Gesamtergebnis der CDU so gut wie keine Rolle. Sieht man von den Besonderheiten des Hamburger Parteiensystems einmal ab (Schill- und Statt-Partei) sind auch in Hamburg CDU und SPD die Hauptkonkurrenten auf dem Wählermarkt. In Hamburg schwankt der Anteil schwarz-grüner Wechselwähler auf niedrigem Niveau. Z. B. betrug 2004 der Anteil der zur CDU gewechselten Wähler der Grünen 1,8 Prozent. Von denjenigen, die 2001 CDU wählten und 2004 eine andere Partei unterstützten entschieden sich 3,8 Prozent für die Grünen.

Wählerwanderungsbilanz für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus

Wählerstromkonto der CDU/CSU Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD 2001	10.000	72.000	-62.000
SPD 1999	44.000	19.000	25.000
SPD 1990	110.000	19.000	91.000
Grüne 2001	2.000	8.000	-6.000
Grüne 1999	11.000	3.000	8.000
Grüne 1990	14.000	3.000	11.000
PDS 2001	3.000	32.000	-29.000
PDS 1999	6.000	6.000	0
PDS 1990	8.000	2.000	6.000
FDP 2001	2.000	87.000	-85.000
FDP 1999	–	–	–
FDP 1990	15.000	23.000	-8.000
REP 2001	–	–	–
REP 1999	–	–	–
REP 1990	46.000	4.000	42.000
Nichtwähler 2001	21.000	59.000	-38.000
Nichtwähler 1999	48.000	67.000	-19.000
Nichtwähler 1990	78.000	44.000	34.000
Wählerströme insg. 2001	62.000	314.000	-252.000
Wählerströme insg. 1999	220.000	207.000	13.000
Wählerströme insg. CDU 1990	325.000	124.000	201.000
Absolute Wählerstimmen 2001	385.000	637.000	-252.000
Absolute Wählerstimmen 1999	640.000	627.000	13.000
Absolute Wählerstimmen 1990	816.000	615.000	201.000

Wahlkontinuität und -diskontinuität der CDU in Berlin

Wahlkontinuität und -diskontinuität	2001		1999		1990	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die CDU	62.000	16,1%	220.000	34,4%	325.000	39,8%
davon im Austausch mit den Grünen	2.000	3,2%	11.000	5%	14.000	4,3%
Wählerstamm CDU	323.000	83,9%	420.000	65,6%	491.000	60,2%
Parteiwechsler aus der CDU	314.000	49,2%	207.000	33%	124.000	20,2%
davon im Austausch mit den Grünen	8.000	2,5%	3.000	1,4%	3.000	2,4%
Wählerstamm CDU	323.000	50,7%	420.000	67%	491.000	79,8%

Quellen: Infratest dimap, Wahlreport Berlin 2001, Abgeordnetenhauswahl in Berlin 21. Oktober 2001, Berlin 2001, S. 55. Infratest dimap, Wahlreport Berlin 1999, Abgeordnetenhauswahl in Berlin 10. Oktober 1999, Berlin 1999, S. 42. Infas-Report Wahlen, Berlin 1990, Wahl zum Abgeordnetenhaus am 2. Dezember 1990, Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg 2001, S. 22, 29. Für 1995 wurde von keinem Institut eine Wählerwanderungsbilanz erstellt. Leichte Abweichungen vom tatsächlichen Wahlergebnis sind möglich. Fehlende Werte: sonstige Parteien.

Wählerwanderungsbilanz für die CDU bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg

Wählerstromkonto der CDU Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD 2004	44.000	8.000	36.000
SPD 2001	22.000	19.000	3.000
SPD 1997	29.000	8.000	21.000
FDP 2004	21.000	3.000	18.000
FDP 2001	7.000	11.000	-4.000
FDP 1997	9.000	4.000	5.000
Grüne 2004	4.000	2.000	2.000
GAL 2001	8.000	3.000	5.000
GAL 1997	5.000	2.000	3.000
Pro DM/Schill* u. Offensive** 2004	81.000	1.000	80.000
Schill 2001	0	37.000	-37.000
STATT 2001	8.000	0	8.000
STATT 1997	13.000	5.000	8.000
DVU u. REP 2001	5.000	0	5.000
DVU u. REP 1997	5.000	3.000	2.000
Andere 2004	2.000	1.000	1.000
Andere 2001	2.000	1.000	1.000
Andere 1997	3.000	3.000	0
Nichtwähler 2004	31.000	15.000	16.000
Nichtwähler 2001	18.000	13.000	5.000
Nichtwähler 1997	17.000	17.000	0
Wählerströme ins. 2004	217.000	52.000	165.000
Wählerströme ins. 2001	93.000	122.000	-29.000
Wählerströme ins. 1997	109.000	73.000	36.000
Absolute Wählerstimmen 2004	389.000	224.000	165.000
Absolute Wählerstimmen 2001	223.000	252.000	-29.000
Absolute Wählerstimmen 1997	248.000	212.000	36.000

Wahlkontinuität und -diskontinuität der CDU in Hamburg

Wahlkontinuität und -diskontinuität	2004		2001		1997	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	Absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die CDU	217.000	55,8%	93.000	41,7%	109.000	43,9%
davon im Austausch mit den Grünen	4.000	1,8%	8.000	8,6%	5.000	4,6%
Wählerstamm CDU	172.000	44,2%	130.000	58,3%	139.000	56,1%
Parteiwechsler aus der CDU	52.000	23,2%	122.000	48,4%	73.000	34,4%
davon im Austausch mit den Grünen	2.000	3,8%	3.000	2,4%	2.000	2,7%
Wählerstamm CDU	172.000	76,8%	130.000	51,6%	139.000	65,6%

Quellen: Infratest dimap, Bürgerschaftswahl in Hamburg am 29. Februar 2004, Berlin 2004, S. 37. Infratest dimap, Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. September 2001, Berlin 2001, S. 39. Infratest dimap, Bürgerschaftswahl in Hamburg am 21. September 1997, Berlin 1997, o. S.

*Offensive 2004: 2001 angetreten als Schill.

**Pro DM/Schill 2004: 2001 angetreten als Pro DM.

Wählerwanderungsbilanz für die CDU bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen

Wählerstromkonto der CDU	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit:			
SPD 2003	6.000	6.000	0
SPD 1999	8.000	8.000	0
Grüne 2003	1.000	1.000	0
Grüne 1999	2.000	1.000	1.000
FDP 2003	1.000	3.000	-2.000
FDP 1999	5.000	2.000	3.000
AfB 1999	10.000	1.000	9.000
DVU 1999	1.000	2.000	-1.000
Andere 2003	1.000	4.000	-3.000
Andere 1999	0	0	0
Nichtwähler 2003	11.000	18.000	-7.000
Nichtwähler 1999	2.000	13.000	-11.000
Wählerströme ins. 2003	27.000	48.000	-21.000
Wählerströme ins. 1999	38.000	44.000	-6.000
Absolute Wählerstimmen 2003	88.000	109.000	-21.000
Absolute Wählerstimmen 1999	107.000	113.000	-6.000

Wahlkontinuität und -diskontinuität der CDU in Bremen

Wahlkontinuität und -diskontinuität	2003		1999	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die CDU	27.000	30,7%	38.000	35,5%
davon im Austausch mit den Grünen	1.000	3,7%	2.000	5,3%
Wählerstamm CDU	61.000	69,3%	69.000	64,5%
Parteiwechsler aus der CDU	48.000	44,1%	44.000	38,9%
davon im Austausch mit den Grünen	1.000	2,1%	1.000	2,3%
Wählerstamm CDU	61.000	55,9%	69.000	61,1%

Quellen: Infratest dimap: Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai 2003. Berlin 2003, S. 33
 Infratest dimap: Bürgerschaftswahl in Bremen am 06. Juni 1999. Berlin 1999, S. 30.

Auch in Bremen konkurrieren CDU und Grüne nicht um eine gemeinsame Wählerschaft. Die Austauschprozesse zwischen beiden Wählerschaften sind sehr gering. Die Wählerwanderungsbilanz in Bremen weicht allerdings von den anderen Befunden ab. Die Austauschprozesse zwischen der CDU und den anderen Parteien sind insgesamt schwach ausgeprägt. Quantitativ bestimmten bei den Wahlen 2003 und 1999 die Verluste gegenüber dem Nichtwählerlager das Abschneiden der CDU.

Die zusammengefassten Wechselwählerbewegungen in allen Ländern weichen nicht von den Ergebnissen in den drei analysierten Großstädten Hamburg, Bremen und Berlin ab. Bei Bundestagswahlen lassen die Wählerbewegungen zwischen Union und Grünen nicht die Schlussfolgerung zu, dass das Wahlergebnis durch den Austausch zwischen beiden Parteien signifikant geprägt wird. Gemessen am Zustrom aller Wähler, betrug der Anteil zur CDU kommender Grüner-Wähler 1994 1,8 Prozent, 1998 4,1 Prozent und 2002 2,6 Prozent. Am Abstrom aller Wechselwähler der CDU belief sich der Verlust auf 4,0 Prozent 1994, 1998 waren es 2,6 Prozent und 2002 3,2 Prozent.

Auf der Bundesebene sind SPD und CDU regelmäßig die Hauptkonkurrenten um die Wähler in der Mitte. Der Wahlausgang wurde bei den Wahlen 1994-2002 maßgeblich durch die jeweiligen Gewinne und Verluste bestimmt. Zudem zeigt sich, dass die FDP-Leihstimmenthese für diesen Zeitraum durch die Wählerwanderungsbilanzen nicht gestützt werden kann. Die CDU hatte bei jeder Bundestagswahl von wechselbereiten ehemaligen FDP-Wählern profitiert.

Fasst man die Ergebnisse der Wählerwanderungsbilanzen der letzten drei Bundestagswahlen zusammen, zeigt sich dass der Austausch mit der SPD immer hochgradig das Wahlergebnis bestimmt. Gehen zu viele Wähler an die SPD verloren, oder werden nicht genug Wähler gewonnen, kann dieses Saldo durch Gewinne in anderen Wechselwählergruppen nicht kompensiert werden. Quantitativ sind zudem die Entscheidungen der Nichtwähler für das Gesamtergebnis von Bedeutung, allerdings deutlich unter dem Niveau des Wähleraustausches mit der SPD.

Wählerwanderungsbilanz für die Bundestagswahlen 1994-2002

Wählerstromkonto der CDU/CSU Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD 2002	1.990.000	870.000	1.120.000
SPD 1998	810.000	2.160.000	-1.350.000
SPD 1994	637.000	1.022.000	-385.000
Grüne 2002	150.000	150.000	0
Grüne 1998	180.000	170.000	10.000
Grüne 1994	68.000	200.000	-132.000
PDS 2002	90.000	40.000	50.000
PDS 1998	120.000	210.000	-90.000
PDS 1994	3.000	25.000	-22.000
FDP 2002	830.000	810.000	20.000
FDP 1998	810.000	730.000	80.000
FDP 1994	920.000	642.000	278.000
Nichtwähler 2002	1.450.000	1.260.000	190.000
Nichtwähler 1998	1.340.000	1.320.000	20.000
Nichtwähler 1994	1.250.000	1.014.000	236.000
Wählerströme insgesamt 2002	5.780.000	4.610.000	1.170.000
Wählerströme insgesamt 1998	4.430.000	6.620.000	-2.190.000
Wählerströme insgesamt 1994	4.057.000	4.280.000	-223.000
Wählerstamm 2002	12.690.000	12.690.000	
Wählerstamm 1998	12.900.000	12.900.000	
Wählerstamm 1994	14.249.000	14.249.000	
Wählerstimmen 2002	18.470.000	17.300.000	1.170.000
Wählerstimmen 1998	17.330.000	19.520.000	-2.190.000
Wählerstimmen 1994	15.742.000	15.965.000	-223.000

Wahlkontinuität und -diskontinuität der CDU bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1994-2002

Wahlkontinuität und -diskontinuität	2002		1998		1994	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	In Prozent
Parteiwechsler in die CDU	5.780.000	31,3%	4.430.000	25,5%	5.266.000	27,00%
davon im Austausch mit den Grünen	150.000	2,6%	180.000	4,1%	97.000	1,8%
Wählerstamm CDU	12.690.000	68,7%	12.900.000	74,5%	14.249.000	73,0%
Parteiwechsler aus der CDU	4.610.000	26,6%	6.620.000	33,9%	6.109.000	30,0%
davon im Austausch mit den Grünen	150.000	3,2%	170.000	2,6%	243.000	4,0%
Wählerstamm CDU	12.690.000	73,4%	12.900.000	66,1%	14.249.000	70,0%

Quellen: Infas, Politogramm. Report Wahlen. Bundestagswahl 1994. Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Analysen und Dokumente. 1994, o.O., S. 45. Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag 27. September 1998, Berlin 1998, S. 40. Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 22. September 2002, Berlin 2002, S. 40. In den Tabellen von Infas aus dem Jahr 1994 treten Abweichungen bei den Parteiwechslern auf. Die hier berichteten Zahlen ergeben sich aus der Addition der Einzelergebnisse.

5. Politische Orientierungen von Bewohnern in Großstädten

Es stellt sich die Frage, ob und wenn ja, welche Einstellungen und Orientierungen Bewohner von Großstädten von anderen Bürgern unterscheiden. In welchen Sozialstrukturmerkmalen unterscheiden sie sich? Gibt es spezifische politische Präferenzen und Bedürfnisse? Liegt ein anderes Politikverständnis vor? Sind sie zufriedener oder neigen sie stärker zu politischem Protest? Ziel ist es nicht, Veränderungen im Zeitverlauf nachzuvollziehen, sondern auszuloten, ob es eine politisch relevante und mit repräsentativen Meinungsumfragen messbare „Großstadtmentalität“ gibt.²⁰

5.1 Sozialstruktur der Bewohner von Großstädten

Betrachtet man soziodemographische Faktoren, so zeigt sich kein signifikanter Unterschied der Großstadtbewohner bezüglich ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur und Bewohnern in den übrigen Gemeindegrößen. Lediglich in den neuen Ländern ist der Anteil der über 60jährigen in Großstädten leicht unterdurchschnittlich.

Großstädte weisen eine von Regionen mit niedrigerer Bevölkerungsdichte abweichende Familienstruktur auf. In den Großstädten leben weniger Verheiratete und mehr Singles.²¹ Analog zum Familienstand leben in den Großstädten (56 Prozent) mehr Bewohner ohne Kinder als in Regionen mit einem niedrigeren Bevölkerungsanteil (53 Prozent). Im ländlichen Raum (bis 20.000 Einwohner) leben in 52 Prozent der Haushalte keine Kinder.

²⁰ Hierzu wurden Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 1990 bis 1998 genutzt. Der gepoolte oder kumulierte Datensatz besteht aus bis zu 8 Einzelstudien (1990; 1991: 2 Umfragen; 1993; 1996; 1997 und 1998). Leider liegen im Trend, d. h. bei gleichbleibender Fragestellung, keine neueren Umfragen vor, so dass man sich mit etwas „älteren“ Daten begnügen muss. Die Auswertung ist mit einem Soziogewicht versehen.

²¹ Im Osten leben überdurchschnittlich viele Befragte, die geschieden sind (10 Prozent).

Familienstand

	Verheiratet	Ledig	Getrennt	Geschieden	Verwitwet
Bis 20.000 EW	67	19	1	4	10
Unter 500.000 EW	64	20	1	4	11
Über 500.000 EW	54	26	1	7	12
Gesamt	63	21	1	5	11

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Beim Bildungsniveau zeichnen sich bekannte Befunde ab: In den Großstädten, die auch häufig Universitätsstädte sind, liegt das Bildungsniveau deutlich über dem Durchschnitt. In Ost-Berlin haben 40 Prozent der Befragten einen hohen Bildungsabschluss (Abitur oder Studium), in den anderen Regionen immerhin 24 Prozent. Hierin spiegelt sich der in den neuen Ländern stark ausgeprägte Zentrums-Peripherie-Konflikt wider. Insbesondere Ostberlin war das Zentrum der „Intelligenz“.

Bildungsniveau

	Hauptschule (o. Lehre)	Hauptschule (m. Lehre)	Mittlere Reife	Abitur/ Studium	Schüler	Kein Abschluss
Bis 20.000 EW	15	37	26	17	1	5
Unter 500.000 EW	13	36	25	19	1	5
Über 500.000 EW	9	32	26	28	1	5
Gesamt	13	35	25	20	1	5

Jeweils höchster Abschluss; fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige Abschlüsse; keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Kaum Unterschiede zeigen sich bei der Berufstätigkeit der Großstadtbewohner; lediglich der Anteil der Studierenden ist leicht erhöht, und der Anteil der Hausfrauen ist unterdurchschnittlich.

Berufstätigkeit

	Berufs- tätig	Lehre u.ä.	Arbeits- los	Kurz- arbeit	Rentner	Haus- frau	Hochschule/ Militär	Sonst.
Bis 20.000 EW	50	2	5	1	23	14	4	1
Unter 500.000 EW	48	2	6	1	24	15	5	1
Über 500.000 EW	48	2	6	0	25	11	8	0
Gesamt	49	2	6	1	24	14	5	0

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile; fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige und keine Angabe.

Ebenso schwach sind die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen. Auch hier weichen die Großstädte in der Verteilung kaum vom gesamtdeutschen Durchschnitt ab. Lediglich der Arbeiteranteil liegt in Großstädten unter dem Durchschnitt, und der Angestelltenanteil ist etwas erhöht, was die stärkere Verbreitung des tertiären Sektors bestätigt.

Berufsgruppenzugehörigkeit

	Nie berufs- tätig	Arbeiter	Fach- arbeiter	Ange- stellte	Leitende Ange- stellte	Beamte bis mittlerer Dienst	Beamte ab gehö- bener Dienst	Selbst- ständige, Freie Berufe	Land- wirte und Mithel- fende
Bis 20.000 EW	8	9	25	31	9	3	3	6	4
Unter 500.000 EW	10	9	21	36	10	2	3	6	1
Über 500.000 EW	11	6	18	38	12	3	3	7	0
Gesamt	9	9	22	34	10	3	3	6	2
Gesamt Ost	4	6	27	28	11	1	0	5	1

Fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige und keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Die Unterschiede in der Berufsgruppenzugehörigkeit spiegeln sich in der Selbsteinstufung der Schichtzugehörigkeit wider. Weniger Bewohner der Großstädte fühlen sich der Arbeiterschicht zugehörig als Bewohner außerhalb von Großstädten, während die Zuordnung zur Mittelschicht stärker verbreitet ist. Zudem sind unter Bewohnern in Großstädten – vergleicht man die Schichtzugehörigkeit der Eltern – mehr Aufsteiger zu finden, als unter den Bewohnern außerhalb der Großstädte. In den neuen Ländern findet man – trotz des hohen Bildungsniveaus – eine andere Schichtselbsteinstufung, was auf die ideologische Überhöhung der Arbeiterschicht in der DDR zurückzuführen ist. 58 Prozent fühlen sich der Arbeiterschicht angehörig, was durch die Sozialstruktur des Ostens nicht gestützt ist.

Schichtestufung

	Arbeiterschicht	Mittelschicht	Oberschicht
Bis 20.000 EW	40	48	11
Unter 500.000 EW	38	48	11
Über 500.000 EW	31	54	13
Gesamt	38	49	11
Gesamt Ost	58	35	4

Fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige und keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Nicht messbar sind die Unterschiede beim Haushaltseinkommen. Bewohner von Großstädten verfügen über ein etwas geringeres, die Bewohner der neuen Länder über ein deutlich niedrigeres Haushaltseinkommen. Daher wird auf eine Darstellung verzichtet.

In den Großstädten sind Katholiken deutlich unterrepräsentiert, während der Anteil der Protestanten und derjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, überrepräsentiert ist. Die Bindung an Kirchen ist in den Großstädten schwächer ausgeprägt als im übrigen Bundesgebiet.

Religionszugehörigkeit

	Evangelisch	Katholisch	Andere	Keine
Bis 20.000 EW	41	37	1	20
Unter 500.000 EW	39	36	2	21
Über 500.000 EW	44	28	2	24
Gesamt	42	36	1	21
Gesamt Ost	29	4	1	64

Fehlende Werte zu 100 Prozent: sonstige und keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Kirchenbindung

Kirchgangshäufigkeit	Bis: einmal im Monat	Bis: einmal im Jahr	Nie
Bis 20.000 EW	26	38	33
Unter 500.000 EW	23	37	36
Über 500.000 EW	16	32	47
Gesamt	21	36	37
Gesamt Ost	8	23	54

Kirchenverbundenheit	Stark verbunden	Etwas verbunden	Nicht verbunden
Bis 20.000 EW	17	48	33
Unter 500.000 EW	15	44	39
Über 500.000 EW	13	40	45
Gesamt	16	45	38
Gesamt Ost	8	34	57

Fehlende Werte zu 100 Prozent: Keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Nimmt man Kirchen- und Gewerkschaftsbindung als Merkmal für zentrale Konfliktlinien in einer Gesellschaft, unterscheiden sich Großstadtbewohner lediglich in Bezug auf die Kirchenbindung. Sowohl in als auch außerhalb von Großstädten geben jeweils 27 Prozent der Befragten an, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Auch die Quoten der Gewerkschaftsverbundenheit sind in beiden untersuchten Regionen gleich.

Bei der Gewerkschaftsverbundenheit gibt es in den neuen Ländern eine Abweichung: 36 Prozent geben insgesamt an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Dementsprechend größer ist auch die Gewerkschaftsbindung. Doch sind diese Unterschiede nicht auf den Stadt-Land-, sondern auf den Arbeit-Kapital-Konflikt zurückzuführen und sind dem politischen und ideologischen Erbe der DDR geschuldet. Sie liefern somit für die hier relevante Fragestellung keine weiterführenden Befunde.

Fasst man die sozialstrukturellen Befunde zusammen, so zeigt sich, dass die Bewohner von Großstädten keine eigene spezifische Gruppe bilden. Die Unterschiede, die bestehen, sind gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung nur gering. Kontrastiert man die Bewohner von Großstädten mit denen des ländlichen Raums, verstärken sich einige Unterschiede, einige bleiben gleich. Dies soll anhand eines Vergleichs der beiden Kontrastgruppen verdeutlicht werden.

Im ländlichen Raum sind das Bildungsniveau und die Singlequote niedriger. Bei allen anderen Merkmalen bringt der Vergleich von Großstadt mit ländlichem Raum gegenüber der Darstellung von Großstädten und allen anderen Regionen keine deutlichen Unterschiede.

Bilanziert man die bisherigen Befunde, so scheint die Ignoranz der Wahlforschung gegenüber den Stadt-Land-Unterschieden gerechtfertigt zu sein. Die Unterschiede sind so gering, dass sich kein eigener systematischer Zusammenhang auf die Wahlentscheidung heraus kristallisieren lässt.

5.2 Haben Bewohner von Großstädten andere politische Orientierungen?

Die Zufriedenheit mit dem politischen System ist ein zentrales Einstellungsmerkmal. Die anonyme Lebenssituation in Großstädten könnte mit politischer Entfremdung einhergehen, die zu größerer Unzufriedenheit mit dem politischen System führen könnte. Die Gegenthese wäre, dass in kleinräumigen Kontexten der Kontakt zu politischen Repräsentanten direkter und leichter herstellbar ist, und der politische Prozess damit positiver beurteilt wird. Wenn eine der Hypothesen stimmen sollte, müsste sich ein linearer Zusammenhang ergeben: z. B.: je größer die Einwohnerzahl, desto zufriedener die Bürger.

Betrachtet man die Ergebnisse der Systemzufriedenheit, findet sich kein Hinweis darauf, dass die Einwohnerdichte einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat. Die Systemzufriedenheit zeigt sich gegenüber der Bevölkerungsanzahl als resistent.

Demokratiezufriedenheit

	Sehr zufrieden	Einigermaßen zufrieden	Nicht zufrieden
Bis 20.000 EW	12	60	24
Unter 500.000 EW	13	59	24
Über 500.000 EW	14	59	24
Gesamt	13	59	24

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Wie verhält es sich mit dem politischen Interesse? Aufgrund des höheren Bildungsniveaus müsste das politische Interesse in Großstädten stärker sein als im ländlichen

Raum. Diese These kann – im Gegensatz zur Entfremdungsthese – gestützt werden. Bewohner von Großstädten haben das höchste politische Interesse. Doch ist – wie auch bei der Sozialstrukturanalyse – eine Differenz von 6 Punkten als eher gering zu veranschlagen.

Politisches Interesse

	Sehr stark	Etwas	Überhaupt nicht
Bis 20.000 EW	24	36	24
Unter 500.000 EW	24	37	23
Über 500.000 EW	30	36	18
Gesamt	26	37	22

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

Wie schon bei dem politischen Interesse scheint das höhere durchschnittliche Bildungsniveau sich etwas positiver auf die Bewertung des politischen Prozesses auszuwirken. Die Bewohner von Großstädten empfinden Politik als weniger kompliziert und trauen sich ein besseres Verständnis von Politik zu. Beide eingangs formulierten Thesen lassen sich jedoch anhand der Daten nicht bestätigen. Die Bewohner von Großstädten unterscheiden sich in ihren politischen Orientierungen nur äußerst schwach von den Bewohnern anderer Regionen.

Einstellungen gegenüber dem politischen Prozess

	Bis 20.000 EW	Unter 500.000 EW	Über 500.000 EW	Ge- samt
Wenn die Bürger sich stärker beteiligen, nehmen die Politiker auch mehr Rücksicht auf die Meinung der Bevölkerung.	17	18	20	17
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	22	23	19	21
Auf meine eigene Stimme kommt es bei Bundestagswahlen überhaupt nicht an.	11	12	9	10
Wer nicht zur Wahl geht, nimmt seine Staatsbürgerpflicht nicht ernst.	8	7	6	7
Der Staat fordert immer mehr Steuern, ohne dass die staatlichen Leistungen für den Bürger besser werden.	26	28	26	26
Alles in allem kann man darauf vertrauen, dass der Staat das Richtige für die Bürger tut.	7	7	6	7
Die Parteien sind alles in allem zuverlässig und verantwortungsbewusst.	10	10	9	9
Die Politik ist so kompliziert geworden, dass man als Bürger oft gar nicht richtig versteht, worum es geht.	25	25	19	23

Dargestellt sind die Werte +3 und +2 auf einer von +3 bis –3 reichenden Skala (mit Nullpunkt).

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, kumulierter Datenfile.

6. Prägt die Region das Wahlverhalten?

Für die empirisch Interessierten: Zusätzlich wurde in einem Modell der Einfluss von Gemeindegröße und Bundesland in Abhängigkeit zum Wahlverhalten getestet. Ziel ist es herauszufinden, ob die regionalen Differenzierungen einen eigenen, unabhängigen Erklärungsbeitrag zum Wahlverhalten liefern. Ausgehend von der in der Wahlforschung gängigen Annahme, dass das Wählerverhalten von einem Konglomerat aus langfristig und kurzfristig wirksamen sowie soziologischen und sozialpsychologischen Größen beeinflusst wird, wurden zwei Modelle geprüft.²² Im ersten Modell zeigte sich bei der Sozialstruktur²³ (berufliche Stellung und die Kirchengangshäufigkeit) unter Berücksichtigung der Länder und der Gemeindegröße nur eine minimale Erklärungskraft der regionalen Kontextgrößen. Zu keinem sehr viel besseren Ergebnis in Bezug auf die Wirkung der Länder und der Gemeindegröße gelangte das zweite getestete Modell, in dem Parteiidentifikation, Kandidaten- und Themenpräferenzen getestet wurden. Zwar stieg die Prognosefähigkeit bei diesem Modell an, jedoch war dieser Effekt nicht auf die regionalen Kontextgrößen zurückzuführen, sondern auf die Parteibindung. Den regionalen Kontextgrößen kommt daher nur eine minimale Erklärungskraft zu. Unter keiner Fragestellung entfaltete die Größe des Kontextes eine klare Auswirkung auf die untersuchten Merkmale. Lediglich leichte Ausdifferenzierungen der Sozialstruktur sind sichtbar.

Unterscheiden sich die Bewohner großer Städte nun entgegen des herrschenden Glaubens nicht vom Rest der Bevölkerung, und ist der Einfluss dieses Kontextes auf das Wahlverhalten wirklich so gering, wie die Befunde zeigen?

Mangels besserer Daten muss diese Fragen unbeantwortet bleiben. Ortsgröße ist ein grobes Unterscheidungskriterium, das nur schlecht die sehr kleinräumigen regionalen Kontexte widerspiegelt.

²² Vgl. Tabellen im Anhang.

²³ Die Befragungen wurden im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) finanzierten Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ unter der Federführung von Prof. Oscar W. Gabriel (Stuttgart), Prof. Dr. Jürgen W. Falter (Mainz) und Prof. Dr. Hans Rattinger (Bamberg) durchgeführt. Es wurden die Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 untersucht. Die Analysen werden getrennt für Ost- und Westdeutschland durchgeführt und basieren auf einem sogenannten gepoolten Datensatz, der aus allen drei Erhebungswellen zusammengesetzt wurde.

Vor dem Hintergrund dieses geringen Einflusses der Regionalstruktur auf das Wählerverhalten stellt sich die Frage nach möglichen Erklärungen hierfür. Eine Ursache könnte sein, dass die Länder als Regionalmerkmal ein zu grobes Unterscheidungskriterium sind. Bedenkt man, welche Unterschiede bei den Zweitstimmenanteilen in verschiedenen Regierungsbezirken und Regionen eines Bundeslandes auftreten, überrascht es kaum, dass man mittels einer Differenzierung nach den einzelnen ost- und westdeutschen Ländern zu einem wenig zufriedenstellenden Ergebnis gekommen ist.

Allerdings ist mit Umfragedaten aufgrund der Fallzahlenproblematik keine andere Untersuchungsstrategie möglich. Um solchen Differenzen und feinen Abweichungen auf die Spur zu kommen, müssten Umfragen eine wesentlich größere Fallzahl aufweisen, als realistischerweise finanzierbar ist. Zum Vergleich: Der Mikrozensus enthält eine Auswahl von 1 Prozent der Bevölkerung (ca. 820.000 Interviews). Würde die Umfrageforschung das kühne Vorhaben einer solchen Stichprobe realisieren, käme ein Finanzvolumen zustande, das selbst wohlgefüllte Haushalte sprengen würde: Rechnet man für eine halbstündige Telefonumfrage mit 2.500 Befragten ca. 40.000 € würde eine Umfrage mit 820.000 Interviews die stolze Summe von 13.120.000 € kosten. Überlegens- und prüfenswert wäre, ob z. B. dem Mikrozensus die Sonntagsfrage beigelegt werden könnte (bspw. mit einem Briefumschlag, der anonym ausgefüllt werden kann). Damit könnte man mit relativ bescheidenen Mitteln Daten über das Wahlverhalten ermitteln, die viele Bedürfnisse befriedigen könnten.

Anhang: Sozialstrukturelles Modell zur Erklärung der CDU/CSU bzw. SPD-Wahl in West- und Ostdeutschland, 1994-2002
(Angabe: Wahlwahrscheinlichkeit)²⁴

a) unter Berücksichtigung der BUNDESLÄNDER	CDU/CSU						SPD					
	ABL			NBL			ABL			NBL		
	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta
Bundesländer in W/O-D isoliert		,14			,12			,13			,15	
Nach Kontrolle anderer Größen	,02***		,12	,01***		,11	,02***		,12	,02***		,14
Berufliche Stellung isoliert		,09			,11			,16			,08	
Nach Kontrolle anderer Größen	,01***		,10	,01***		,10	,03***		,16	,01*		,08
Kirchgangshäufigkeit isoliert		,24			,24			,18			,09	
Nach Kontrolle anderer Größen	,06***		,24	,05***		,23	,03***		,17	,01*		,08
Korrigiertes R ² , ohne Interaktionseffekte		,08			,08			,07				
Korrigiertes R ² , mit Interaktionseffekten		,10***			,09***			,09***			,05*	
N		5520			1312			5520			1312	

b) unter Berücksichtigung der GEMEINDEGRÖSSE	CDU/CSU						SPD					
	ABL			NBL			ABL			NBL		
	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta
Gemeindegröße isoliert		,11			,15			,06			,06	
Nach Kontrolle anderer Größen	,01***		,09	,02***		,12	,00***		,06	,00 ^{n.s.}		,06
Berufliche Stellung isoliert		,09			,11			,16			,08	
Nach Kontrolle anderer Größen	,01***		,09	,01***		,10	,03***		,16	,01*		,08
Kirchgangshäufigkeit isoliert		,25			,24			,18			,08	
Nach Kontrolle anderer Größen	,06***		,24	,05***		,23	,03***		,18	,01*		,08
Korrigiertes R ² , ohne Interaktionseffekte		,08			,08			,06			,02	
Korrigiertes R ² , mit Interaktionseffekten		,08***			,10***			,07***			,03***	
N		5711			1427			5711			1427	

²⁴ Lesehilfe: Die in den Tabellen aufgeführten Daten geben einen Überblick über den jeweiligen Effekt der in das Modell einbezogenen Erklärungsfaktoren. Dabei wird die Wirkung der jeweiligen Bestimmungsfaktoren ohne und mit Kontrolle anderer Größen ausgewiesen. Eta gibt den Einfluss einer Variablen ohne Berücksichtigung anderer Größen wieder, Beta zeigt den Einfluss einer Variablen nach Kontrolle anderer Modellfaktoren an. Geht der Wert gegen 1, bedeutet dies einen größtmöglichen Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit, tendiert er dagegen gegen 0 trägt diese Größe zur Erklärung des Wahlverhaltens so gut wie nichts bei. Die Erklärungskraft der einzelnen Bestimmungsfaktoren wird mittels der erklärten Varianz ausgedrückt. Die Güte des Gesamtmodells – das heißt, wie gut ist das Modell in der Lage, das Wählerverhalten vorherzusagen – wird durch R² wiedergegeben. Auch hier gilt, je mehr der Wert sich 1 annähert, desto besser ist das Modell bzw. im Falle der erklärten Varianz die jeweilige Erklärungsgröße. Quelle: Gepoolter DFG-Querschnittsdatensatz; Eigene Berechnungen

Sozialpsychologisches Modell zur Erklärung der CDU/CSU bzw. SPD-Wahl in West- und Ostdeutschland, 1994-2002
(Angabe: Wahlwahrscheinlichkeit)

a) unter Berücksichtigung der BUNDESLÄNDER	CDU/CSU						SPD					
	ABL			NBL			ABL			NBL		
	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta
Bundesländer in W/O-D isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,02***	,13	,03	,00***	,11	,03	,02***	,13	,03	,02***	,13	,04
Parteiidentifikation isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,64***	,81	,39	,60***	,78	,38	,57***	,77	,44	,47***	,70	,39
Problemlösungskompetenz isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,06***	,78	,26	,08***	,75	,26	,07***	,72	,28	,09***	,67	,30
Kanzlerpräferenz isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,03***	,79	,30	,04***	,77	,32	,02***	,68	,21	,03***	,61	,22
korrigiertes R ² , ohne Interaktionseffekte		,75			,74			,68			,61	
korrigiertes R ² , mit Interaktionseffekten		,79***			,78***			,71***			,68***	
N		5345			1170			5345			1170	

b) unter Berücksichtigung der GEMEINDEGRÖSSE	CDU/CSU						SPD					
	ABL			NBL			ABL			NBL		
	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta	erkl. V.	Eta	Beta
Gemeindegroße isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,02***	,13	,02	,02***	,16	,04	,00***	,07	,02	,00 ^{n.s.}	,05	,03
Parteiidentifikation isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,65***	,81	,39	,59***	,78	,37	,58***	,76	,44	,47***	,68	,39
Problemlösungskompetenz isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,06***	,78	,25	,09***	,76	,27	,07***	,72	,28	,10***	,67	,31
Kanzlerpräferenz isoliert nach Kontrolle anderer Größen	,03***	,79	,30	,04***	,77	,32	,02***	,67	,20	,03***	,60	,22
korrigiertes R ² , ohne Interaktionseffekte		,76			,75			,67			,60	
korrigiertes R ² , mit Interaktionseffekten		,80***			,79***			,71***			,67***	
N		5556			1284			5556			1284	

Quelle: Gepoolter DFG-Querschnittsdatensatz; Eigene Berechnungen

Die Autoren

Dr. Viola Neu, Koordinatorin für Wahl- und Parteienforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Kerstin Völkl, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Politische Systeme und Politische Soziologie.